

Noch nicht genehmigt

Protokoll Nr. 15

Stadtratssitzung

Donnerstag, 16.09.2021, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl	2020.SR.000388
2. Agglomerationskommission (AKO): Ersatzwahl	2020.SR.000390
3. Wahl in Schulkommission (Schulkommission Sprachheilschule) (BSS: Franziska Teuscher)	2021.BSS.000055
4. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Ueli Jaisli/Thomas Fuchs, SVP): Wird die Reithalle geschlossen, wenn ein reicher Mäzen bei der Verga- bung wertvoller Kunstgegenstände oder Sponsorleistungen in Millionenhöhe dies von der Schliessung oder der Erfüllung anderer Auflagen abhängig macht? (PRD: Alec von Graffenried)	2021.SR.000169
5. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Janosch Weyermann, SVP): Welche Konsequenzen hat die vorgesehene Teilsperrung der Hodlerstrasse für die übrige Stadt und den Privat- und den Gewerbever- kehr? (TVS: Marieke Kruit)	2021.SR.000170
6. Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2022 – 2025 (FD: Katharina Altas / FPI: Michael Aebersold) evtl. Fortsetzung vom 02.09.2021 (vgl. separate Verhandlungsordnung)	2020.FPI.000130
7. Produktgruppen-Budget 2022 (Abstimmungsbotschaft) (FD: Laura Binz / FPI: Michael Aebersold) evtl. Fortsetzung vom 02.09.2021 (vgl. separate Verhandlungsordnung)	2020.FPI.000131
8. Farbsack-Trennsystem: Einführung in den Stadtteilen II – VI: Teilrevision Ab- fallreglement vom 25. September 2005 (AFR; SSSB Nr. 822.1); Investitions- und Verpflichtungskredit (Abstimmungsbotschaft); Anträge aus dem Stadtrat; Stellungnahme zuhanden der 2. Lesung PVS: Michael Ruefer / TVS: Marieke Kruit)	2016.TVS.000024
9. Nutzung von Zweitwohnungen in der Altstadt: Teilrevision der Bauordnung der Stadt Bern vom 24. September 2006 (BO; SSSB 721.1) (Abstimmungsbot- schaft); Anträge aus dem Stadtrat; Stellungnahme zuhanden der 2. Lesung (PVS: Barbara Nyffeler / PRD: Alec von Graffenried)	2018.PR.000027
10. Motion Fraktion AL/GPB-DA/PdA+ (Luzius Theiler GPB-DA): Gegen Zweck- entfremdung von Wohnraum in der Altstadt; Abschreibung (PVS: Barbara Nyffeler / PRD: Alec von Graffenried) verschoben vom 24.06.2021 und 01.07.2021	2015.SR.000215

11. Reglement über die Aufgaben der Stadt im Bereich Alter (Altersreglement; AR): Anträge aus dem Stadtrat; Stellungnahme zuhanden der 2. Lesung (SBK: Tom Berger / BSS: Franziska Teuscher) 2013.GR.000363
12. Erneuerung der Microsoft-Lizenzierung und -Wartung für die Bürokommunikationsarbeitsplätze und Server der Stadtverwaltung; Projektierungs-, Investitions- und Verpflichtungskredit (FSU: Thomas Fuchs/ FPI: Michael Aebersold) 2011.GR.000054
13. Zumiete Ersatzstandort Logistik Bern (Freiburgstrasse 634, 3172 Niederwangen); Verpflichtungskredit (FSU: Thomas Fuchs/ FPI: Michael Aebersold) 2021.FPI.000050
14. Einführung einer Finanzstrategie für die Stadt Bern (FSU: Florence Schmid / FPI: Michael Aebersold) 2021.FPI.000004
15. Motion Fraktion SP/JUSO (Rolf Schuler, SP): Hindernisfreie Zugänge zum BärenPark; Abschreibung (FSU: Thomas Fuchs / FPI: Michael Aebersold) 2007.SR.000168
16. Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP, BDP/CVP, SVPplus (Stéphanie Penher, GB/David Stampfli, SP/Daniela Lutz, GFL/Kurt Hirsbrunner, BDP/Roland Jakob, SVPplus): Eine Liftlösung für den BärenPark; Annahme und Abschreibung (FSU: Thomas Fuchs / FPI: Michael Aebersold) 2012.SR.000279

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 15	861
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr.....	863
Mitteilungen des Vorsitzenden	864
Traktandenliste.....	865
1 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl	865
2 Agglomerationskommission (AKO): Ersatzwahl	865
3 Wahl in Schulkommission (Schulkommission Sprachheilschule)	866
4 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Ueli Jaisli/Thomas Fuchs, SVP): Wird die Reithalle geschlossen, wenn ein reicher Mäzen bei der Vergabung wertvoller Kunstgegenstände oder Sponsorleistungen in Millionenhöhe dies von der Schliessung oder der Erfüllung anderer Auflagen abhängig macht?	866
5 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Janosch Weyermann, SVP): Welche Konsequenzen hat die vorgesehene Teilspernung der Hodlerstrasse für die übrige Stadt und den Privat- und den Gewerbeverkehr?	866
6 Fortsetzung: Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2022 – 2025	867
7 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2022 (Abstimmungsbotschaft)	867
Präsenzliste der Sitzung 20.40 bis 22.40 Uhr.....	894
6 Fortsetzung: Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2022 – 2025	895
7 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2022 (Abstimmungsbotschaft)	895
Traktandenliste.....	904
Eingänge	905

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzend

Präsident Kurt Rüegsegger

Anwesend

Mohamed Abdirahim
Yasmin Amana Abdullahi
Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Timur Akçasayar
Lena Allenspach
Katharina Altas
Ruth Altmann
Ursina Anderegg
Tom Berger
Nicole Bieri
Diego Bigger
Lea Bill
Laura Binz
Gabriela Blatter
Regula Bühlmann
Dolores Dana
Sibyl Martha Eigenmann
Claudine Esseiva
Vivianne Esseiva
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Jemima Fischer
Thomas Fuchs
Katharina Gallizzi

Eva Gammenthaler
Lionel Gaudy
Franziska Geiser
Thomas Glauser
Lukas Gutzwiller
Bernadette Häfliger
Erich Hess
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Eva Krattiger
Nora Krummen
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Simone Machado
Salome Mathys
Tanja Miljanovic
Alina Irene Murano
Barbara Nyffeler

Halua Pinto de Magalhães
Tabea Rai
Daniel Rauch
Simone Richner
Claudio Righetti
Mirjam Roder
Sarah Rubin
Rahel Ruch
Michael Ruefer
Remo Sägesser
Judith Schenk
Marianne Schild
Florence Schmid
Sara Schmid
Zora Schneider
Edith Siegenthaler
Ursula Stöckli
Therese Streit-Ramseier
Bettina Stüssi
Michael Sutter
Ayse Turgul
Janosch Weyermann
Manuel C. Widmer
Marcel Wüthrich

Entschuldigt

Francesca Chukwunyere
Nicole Cornu

Milena Daphinoff
Brigitte Hilty Haller

Michael Hoekstra

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD
Michael Aebersold FPI

Franziska Teuscher BSS

Marieke Kruit TVS

Entschuldigt

Reto Nause SUE

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin
Christine Otis, Protokoll

Sabrina Hayoz, Ratsweibelin
Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin
Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

Die Namenslisten der Abstimmungen finden Sie im [Anhang](#). Beachten Sie dazu die Abst.Nr.

Mitteilungen des Vorsitzenden

Präsident *Kurt Rüegsegger*: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung. Virtuell ist heute niemand zugeschaltet. Bitte vergessen Sie sowohl beim Eintreten als auch beim Verlassen des Saals das Badgen nicht, danke.

Ruth Altmann ist am 9. September 2021 aus der Partei FDP sowie aus der Fraktion FDP/JF ausgetreten. Sie wird ab heute als Partei- sowie Fraktionslose im Stadtrat Einsitz nehmen. Für allfällige Kontaktaufnahmen muss man sich ab sofort direkt bei Ruth Altmann melden.

Alexander Feuz: Mein erster **Ordnungsantrag** betrifft die Finanzdebatte. Die Antragsliste ist in ein Excel-Dokument gefasst, leider ist die Nummerierung äusserst chaotisch. Ich stelle hiermit den **Ordnungsantrag**, dass jeweils die Seitenzahl erwähnt wird, auf welcher der Antrag steht. Ansonsten hat man keine Chance – wenn man mal kurz den Saal verlässt – zu wissen, über welchen Antrag wir gerade abstimmen müssen. Ich sehe davon abgesehen, eine Anpassung der Nummerierung zu beantragen.

Zweiter **Ordnungsantrag**:

Ich habe die Lockerung der Maskenpflicht beantragt, respektive die Übernahme der Maskenpflicht analog der Handhabung im Grossen Rat. Diesen Antrag hat das Ratsbüro nicht entgegengenommen. Ich bin mit dessen Entscheid nicht einverstanden, akzeptiere ihn aber. Bekanntlich konnten wir im Stadtrat mehrmals konsultativ über die Maskentragepflicht abstimmen. Deshalb stelle ich diesen **Ordnungsantrag** auf eine Konsultativabstimmung: Es soll darüber abgestimmt werden, ob im Stadtrat dieselbe Maskentragepflicht wie im Grossen Rat angewendet werden soll. Dazu möchte ich bemerken, dass der Grosse Rat 160° Mitglieder hat. Ausserdem verfügt das Rathaus über Luftqualitätsmessgeräte und ich gehe davon aus, dass die meisten Mitglieder des Stadtrates geimpft sind. Aufgrund dieser Ausgangslage ist es angebracht, die Maskentragepflicht zu lockern. Im persönlichen Umgang konnte ich feststellen, dass Personen, die eine rigide Maskenpflicht befürworten, an Sportveranstaltungen andere Leute stürmisch begrüssen und die Abstände gemäss den geltenden Empfehlungen nicht einhalten. Das bereitet mir Mühe. Dies ist mein zweiter Ordnungsantrag in Form einer Eventualabstimmung.

Ich stelle den dritten **Ordnungsantrag**, dass der Stadtrat selber überlegen soll, welche Massnahmen im Stadtrat angewendet werden sollen. Wir hatten Zeit, uns zu überlegen, wie die aktuelle Situation zu handhaben ist. Ich bin enttäuscht, dass das Ratsbüro nicht von sich aus die nötigen Massnahmen ergriffen hat. Das Ratsbüro soll die entsprechenden Lockerungen beschliessen, damit wir im Stadtrat keine strenge Maskenpflicht mehr haben.

Stadtratspräsident *Kurt Rüegsegger*: Besten Dank, Alexander Feuz. Ich muss Ihre Aussage richtigstellen: Ihre Anträge wurden sehr wohl vom Ratsbüro entgegengenommen. Es liegt aber nicht in der Kompetenz des Stadtrats, über die gestellten Anträge zu entscheiden. Tatsächlich liegt diese Kompetenz beim Ratsbüro. Wir haben Alexander Feuz zurückgemeldet, dass wir seine Anträge am 24. September 2021 im Ratsbüro diskutieren werden.

Ich füge an, dass zum Stellen von Ordnungsanträgen Artikel 51 Absatz 1 des Geschäftsreglements (GRSR) zum Zuge kommt. Einem langjährigen Parlamentarier und Stadtrat sollte hinlänglich bekannt sein, für welche Anliegen ein Ordnungsantrag gestellt werden kann.

Unterbrechung (Zwischenrufe aus dem Saal).

Stadtratspräsident *Kurt Rüegsegger*: Alexander Feuz, bitte beruhigen Sie sich. Wir versuchen, mit Ihnen auf sachlicher Ebene zu diskutieren. Nach Eingang Ihrer Anträge haben wir sehr lange darüber beraten, wie mit diesen umzugehen ist – auch die Nennung der Seitenzahlen betreffend. Sie können diesen Antrag stellen und wir nehmen diesen gerne entgegen. In der Fraktionspräsidienkonferenz können Sie Ihr Votum gerne nochmals halten und anfragen, wie dies in Zukunft gehandhabt werden soll.

Unterbrechung (Zwischenrufe aus dem Saal).

Stadtratspräsident *Kurt Rüegsegger*: Wir beginnen mit dem ersten Traktandum und verlegen diese Diskussion in die Pause. Wir tun unser Bestes, um Sie möglichst klar und verständlich durch die Budgetdebatte zu führen und bedanken uns für Ihr Verständnis.

Traktandenliste

Die Traktanden 6 und 7 werden gemeinsam behandelt.

Diskussion siehe Traktandum 6.

2020.SR.000388

1 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl

Beschluss

Der Stadtrat wählt Salome Mathys (GLP) einstimmig als Ersatz für Simon Rihs in die Kommission SBK.

2020.SR.000390

2 Agglomerationskommission (AKO): Ersatzwahl

Beschluss

Der Stadtrat wählt Yasmin Amana Abdullahi (JGLP) einstimmig als Ersatz für Salome Mathys in die Kommission AKO.

2021.BSS.000055

3 Wahl in Schulkommission (Schulkommission Sprachheilschule)

Beschluss

Der Stadtrat wählt einstimmig als neue Vertretung der Schulkommission Sprachheilschule per sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis am 31. Juli 2025: Frau Melanie Epiroti (Vertretung Elternräte), 1988, Bottigenstrasse 59, 3018 Bern, Bäckerin und Hausfrau.

2021.SR.000169

4 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Ueli Jaisli/Thomas Fuchs, SVP): Wird die Reithalle geschlossen, wenn ein reicher Mäzen bei der Vergabung wertvoller Kunstgegenstände oder Sponsorleistungen in Millionenhöhe dies von der Schliessung oder der Erfüllung anderer Auflagen abhängig macht?

Alexander Feuz (SVP): Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung dieser Frage. Ich halte fest, dass es sich um eine wichtige Strasse und einen wichtigen Zugang handelt. Ich konnte es heute mit meinen Kollegen im Grossen Rat diskutieren. Wenn dieser Zugang eingeschränkt wird, bin ich skeptisch, ob dieser Kredit im Grossen Rat angenommen wird. Sie können versichert sein: Ich werde nicht zulassen, dass für zig Millionen Franken der Neufeldtunnel gebaut wird, um diesen dann zu den Hauptverkehrszeiten für den Privatverkehr zu schliessen. Auf diese Weise schneidet sich die Stadt Bern eigenhändig in eine Lebensader. Der Verkehr hat eine wichtige Bedeutung. Wenn es anschliessend in anderen Stadtteilen wie in der Länggasse, im Nordquartier oder im Mattenhof zu Mehrverkehr kommt, wird auch der Letzte bemerken, wohin die rot-grüne Verkehrspolitik führt, nämlich ins Elend.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2021.SR.000170

5 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Janosch Weyermann, SVP): Welche Konsequenzen hat die vorgesehene Teilspernung der Hodlerstrasse für die übrige Stadt und den Privat- und den Gewerbeverkehr?

Alexander Feuz (SVP): Die Antwort auf meine – zugegebenermassen etwas böswillige – Frage ist Ihnen bekannt. Der Gemeinderat bringt mich mit dieser Antwort arg in Versuchung, Kontakt mit einem Sponsoren oder Mäzen aufzunehmen. Es ist offensichtlich: Wenn im Inselspital ein Pharmaunternehmen einen Lehrstuhl sponsern wollte, hiesse es postwendend, dass dies nicht angehe und man sich nichts vorschreiben lassen wolle. Wenn aber jemand die der RGM-Regierung genehme Verkehrspolitik unterstützt, ist ein solches Sponsoring möglich. Ich bleibe dran, da es sich einmal mehr um ein unredliches Verhalten handelt. Man versucht, mit dem Mammon etwas zu erreichen. Es gibt einige Grossräte, die dem Kredit – der um einiges wichtiger ist als jener der Stadt – nicht zustimmen werden. Bezeichnenderweise war bei der Vorstellung des Projektes niemand vom Kanton zugegen. Das kann zu einem Problem wer-

den. Anstatt ein gutes Projekt zu realisieren, koppelt es der Gemeinderat an den Verkehr. Es wird zu Widerstand kommen. Die Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat sind anders als im Stadtrat. Dies sollte vom Stadtpräsidenten berücksichtigt werden.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

- Die Traktanden 6 und 7 werden gemeinsam behandelt. -

2020.FPI.000130

6 Fortsetzung: Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2022 – 2025

Gemeinderatsantrag

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2022 – 2025.
Bern, 24. März 2021

Diskussion und Beschlüsse siehe Traktandum 7.

72020.FPI.000131

7 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2022 (Abstimmungsbotschaft)

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderates vom 30. Juni 2021 betreffend Produktgruppen-Budget 2022.
2. Er genehmigt die Vorlage und beantragt den Stimmberechtigten der Stadt Bern, folgende Beschlüsse zu fassen:
 - 2.1 Die Stimmberechtigten beschliessen das Produktgruppen-Budget 2022 des Allgemeinen Haushalts für das Jahr 2022 mit einem Aufwand von Fr. 1 336 739 553.85, einem Ertrag von Fr. 1 286 097 209.25 und einem Aufwandüberschuss von Fr. 50 642 344.60. Sie legen die Steueranlage unverändert auf das 1,54-fache der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze und die Liegenschaftssteuer unverändert auf 1,5 Promille des amtlichen Werts fest.
 - 2.2 Sie beschliessen das Produktgruppen-Budget 2022 der Sonderrechnung Tierpark für das Jahr 2022 mit einem Aufwand und Ertrag von je Fr. 9 375 666.00 und einem ausgeglichenen Ergebnis.
 - 2.3 Sie beschliessen das Produktgruppen-Budget 2022 der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Jahr 2022 mit einem Aufwand von Fr. 38 873 287.62, einem Ertrag von Fr. 38 427 750.00 und einem Aufwandüberschuss von Fr. 445 537.62.
 - 2.4 Sie beschliessen das Produktgruppen-Budget 2022 der Sonderrechnung Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik für das Jahr 2022 mit einem Aufwand von Fr. 71 500 403.23, einem Ertrag von Fr. 112 568 075.13 und einem Ertragsüberschuss von Fr. 41 067 671.90.
 - 2.5 Sie beschliessen das Produktgruppen-Budget 2022 der Sonderrechnung Entsorgung + Recycling für das Jahr 2022 mit einem Aufwand von Fr. 29 169 708.16, einem Ertrag von Fr. 28 010 909.00 und einem Aufwandüberschuss von Fr. 1 158 799.16.
3. Er genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten.
Bern, 30. Juni 2021

Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS)

35	AL, GaP, PdA	IAFP	138	Direkti- onsstabs- dienste	300500	Auf die Sparmassnahmen bei Partizipati- onsprojekten sei zu verzichten.
64	SVP	IAFP		Sportamt	308100	Es seien wieder reduzierte Abendeintritte mit Kostenreduktion von mindestens 40% in den kostenpflichtigen Eintrittsgebühren in Sportstätten einzuführen.
65	SVP	IAFP		Sportamt	308100	Es seien reduzierte Abendeintritte und Mit- tageintritte mit Kostenreduktion von min- destens 30% in den eintrittspflichtigen städ- tischen Museen und Sportstätten einzufüh- ren.
70	SVP	IAFP		Sportamt	380100	Die Öffnungszeiten der städtischen Freibä- der zu den Abendzeiten im Herbst sollen bei gutem Wetter angemessen verlängert wer- den.
71	SVP	IAFP		Sportamt	380100	Die Öffnungszeiten der Ka-We-De für den Badebetrieb seien bis Ende September zu verlängern.
72	Manuel C Vidmer (GFL)	PGB	366	Sportamt	380220	Erhöhung des Kontos PGB 380220 um CHF 42 000.00 auf CHF 1'773'560.72
26	GAP, PdA	IAFP	272	Sozialamt	310100	Der Leerbestand von Notwohnungen soll beibehalten werden. 310100-1
1	SBK, FD	IAFP	147	Sozialamt	310600	Der Gemeinderat verabschiedet im Herbst 2021 die neue Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration. Hierzu soll er analog zur Strategie 2018–2021 min- destens gleich viel Mittel sowie die entspre- chenden personelle Ressourcen für die Um- setzung derer Massnahmen einstellen. Ne- ben den bisherigen Bestrebungen soll die Strategie auch zusätzliche Massnahmen beinhalten, durch welche die Stadt flexibel auf spezifisch pandemiebedingte Herausfor- derungen reagieren kann.
36	AL, GaP, PdA	IAFP	148	Sozialamt	310600	Auf die Kürzung der Stelle SI sei zu verzich- ten. / Auf die Kürzung Qualifikation sei zu verzichten.
4	SBK, FD	IAFP	273	Schulamt	320300	Auf die Kürzung der Beiträge an die Korn- hausbibliotheken (tripartiter Leistungsvertrag 2020 – 2023) um CHF 50'000.- ab 2024 ist zu verzichten. FIT: 320300-2
29	GLP/J GLP	IAFP	153	Schulamt	320300	Der Betrag von 50'000 Franken, welcher bei den Kornhausbibliotheken eingespart wer- den soll, soll im Leistungsvertrag, der in der alleinigen Zuständigkeit der Stadt Bern liegt (für die acht Quartierbibliotheken), einge- spart werden. Die 50'000.- sollen nicht im tripartiten Leistungsvertrag für die Stadt- und Regionalbibliothek eingespart werden. (PG320300 / P320310)
37	AL, GaP, PdA	IAFP	155	Familie & Quartier Stadt Bern	330100	Der Jugendpavillon soll gebaut werden.
66	SVP	IAFP	230	Alter und	350500	Verzicht auf Streichung des Leistungsver-

				Behinde- rung		trags Fahrdienst SRK
28	AL, PdA	IAFP	275	SZMD	360100	Die Behandlungskostenbeiträge für den Schulzahnmedizinischen Dienst, die im Sparpaket 2021 gestrichen wurden, sollen wieder eingeführt werden. 360100-1
67	SVP	IAFP		Gesund- heits- dienst	370100	Um den vielseitigen Auftrag des Gesundheitsinspektorates nachhaltig wahrnehmen zu können, braucht es eine Stellenbesetzung von mindestens 100% die sich zwei Personen teilen, die sich gegenseitig vertreten und fachlich austauschen können. Dafür müsste das GI zum EKS Abklärungsteam überführt werden, das für dieses Aufgabengebiet die eingesparten 50% Stellenprozen- te erhalten müsste.
51	SVP / Sibyl Eigen- mann, Mitte	IAFP	11	Sportamt	380000	Auf die geplante definitive Schliessung des Hallenbades Hirschengraben im 2023 ist zu verzichten. Eine Weiterführung durch Dritte ist als Option zu prüfen.
69	SFL/EVP	IAFP		Sportamt	380100	«Verpachtung Lorrainebad» Eine Verpachtung des Lorrainebads ist unter folgenden Bedingungen möglich: Liegewiese und Kinderplanschbereich bleiben mit minimaler Infrastruktur frei zugänglich. Durch die Verpachtung sollen die Öffnungszeiten flexibilisiert und weitere Angebote, beispielsweise kulturelle Events, einer breiten Bevölkerung zur Verfügung stehen. Bei Events mit Eintrittsgebühr sollen die Badeinfrastruktur und die Liegewiese möglichst frei zugänglich bleiben. Als Pächter soll auch ein gemeinnütziger Verein in Frage kommen.
61	SP/JUSO	IAFP	170	Sportamt	380120	Bei der Zwischennutzung des Hallenbads Hirschengraben soll der Fokus auf Räume für die Jugend und Jugendkultur gelegt werden.
60	SP/JUSO	IAFP	286	Schulamt	320100	<i>Alternativen Aula Länggasse:</i> Der Gemeinderat wird aufgefordert, im Schulkreis Länggasse-Felsenau bis 2025 eine Alternative zum Neubau einer Aula zu suchen.
55	SP/JUSO	IAFP		<u>Insbe- sonde- re:</u> Soziok- ul- tur; Famili- energän- zende Betreu- ung; Schu- lzahnme- dizinische Leistun- gen	330100	<i>Schüler:innenwachstum:</i> Der Gemeinderat wird aufgefordert, entsprechend der gestiegenen Anzahl der Schüler:innen insbesondere das soziokulturelle Angebot, schulzahnmedizinische Leistungen und die familienergänzende Betreuung in der Stadt Bern auszubauen. Die SBK ist darüber im Rahmen der Jahresberichterstattung in Kenntnis zu setzen.
58	SP/JUSO	IAFP		SZMD	360100	<i>Kein Abbau bei schulzahnmedizinischen Leistungen:</i> Im Nachgang zur Zusammenlegung der Schulzahnstandorte darf es insbesondere bei ärztlichen oder Kieferorthopädie-Leistungen zu keinem Abbau kommen.

57	SP/JUSO	IAFP		Schulsozialarbeit	370100	<i>Erhöhung der Schulsozialarbeit:</i> Der Gemeinderat ist aufgefordert, pro 700 Schüler:innen unbesehen des Sozialindex des Schulkreises mindestens eine 100 Prozent Stelle Schulsozialarbeit vorzusehen.
59	SP/JUSO	IAFP		Direktionsstabsdienste	380100	<i>Keine Privatisierung des Lorrainebads:</i> Der Gemeinderat wird aufgefordert, das Lorrainebad durch die Stadt Bern weiterzuführen. Für die bestehende Infrastruktur ist eine sanfte und kostengünstige Instandhaltung vorzusehen.
54	SP/JUSO	IAFP	286 ff.	Schulamt	320100	<i>Förderlektionen:</i> Der Gemeinderat ist aufgefordert, dem Wachstum der Schüler:innen entsprechend über die vom Kanton zur Verfügung gestellten Lektionen, in allen Schulkreisen unbesehen des Sozialindex des Schulkreises zusätzliche Förderlektion zur Verfügung zu stellen.
56	SP/JUSO	IAFP		Zentrale Dienste	320300	<i>Kornhausbibliothek:</i> Auf die Senkung um CHF 50'000 ab 2024 beim Beitrag Kornhausbibliothek im tripartiten Vertrag ist zu verzichten.
30	FDP/JF	PGB	230	Direktionsstabsdienste	300200	Das Cannabisprojekt soll ohne Gelder der Stadt Bern durchgeführt werden. Die Ausgaben von CHF 80'000 sollen gestrichen werden.
39	GB/JA	PGB		Direktionsstabsdienste	300200	Auf die Kürzung der Koordinationsstelle Sucht um 40 Stellenprozente ist zu verzichten und das Globalbudget entsprechend um 50'000.- zu erhöhen.
48	SVP	PGB	230	Direktionsstabsdienste	300200	Auf die Erhöhung der finanziellen Mittel der Koordinationsstelle Sucht um Fr. 116'111.00 ist zu verzichten.
62	SVP	PGB	300	Fachstelle für Migrations- und Rassismustfragen	300500	Die Fachstelle sei aufzuheben und damit das Budget um Fr. 832'629.00 zu kürzen.
63	SVP	PGB	300	Fachstelle für Migrations- und Rassismustfragen	300500	<i>Eventualantrag zu Antrag Nr. 62 SVP:</i> Kürzung der Nettokosten um Fr. 40'000.00.
68	SVP	PGB		Sportamt	308100	Es seien zusätzliche Abendeintritte bei der Ka-We-De einzuführen. Das Budget ist entsprechend um Fr. 2'000.00 zu senken.
31	FDP/JF	PGB	245	Sozialamt	310100	Auf die geplante Erhöhung um 0.8 Stellen für "Betreuungsangebot Wohnen" ist zu verzichten. Die Kosten sind um CHF 42'000 zu reduzieren.
32	FDP/JF	PGB	242	Sozialamt	310100	Auf die Erhöhung der Aufwände um CHF 200'000.00 für die Sicherstellung von Mietzinsgarantien ist zu verzichten.
49	SVP	PGB	245	Soziale Einrichtungen	310100	Auf die Aufstockung des Beratungsangebots und die Infrastrukturkosten von Total Fr. 42'000.00 ist zu verzichten.
2	SBK	PGB	256	Sozialamt	310400	Die Kürzung des Leistungsvertrages mit dem Verein Schuldensanierung um 10'000.- ist rückgängig zu machen und der Global-

						kredit entsprechend zu erhöhen.
27	AL, GAP, PdA	PGB	256	Sozialamt	310400	Die Beteiligung an den Kosten der Mietzinsvergünstigung in Buech soll beibehalten werden. Das Budget sei um Fr. 30 000.00 zu erhöhen.
33	FDP/JF	PGB	254	Sozialamt	310400	Statt der geplanten 5.6 zusätzlichen Stellen sollen "nur" deren 3 geschaffen werden. Der Aufwand ist entsprechend um CHF 292'500 zu reduzieren.
45	GB/JA	PGB		Schulamt	320100	Auf die Streichung der Angebote Information und Bildung ist zu verzichten und CHF 40'600.- entsprechend einzustellen.
10	SBK, FD	PGB	290	Schulamt	320200	Die Steuerungsvorgabe 1) Anteil pädagogisch ausgebildetes Personal in der Tagesbetreuung (P210) soll wie folgt umformuliert werden: "Sollvorgabe: min. 60%"
44	GB/JA	PGB		Schulamt	320200	Die Tarife für die Ferieninsel sind einkommensabhängig auszugestalten, auf die geplanten Einsparungen von 203'000.- ist jedoch zu verzichten.
22	SBK, FD	PGB	273	Schulamt	320210	Auf die Sparmassnahme «Reduktion pädagogisch ausgebildetes Personal in Tages-schulen» in der Höhe von CHF 15'416.67 ist zu verzichten. FIT Liste IAFP
3	SBK, FD	PGB	273	Schulamt	320300	Auf die Streichung des Beitrags Ludothek Bern West im Umfang von CHF 21'200.- wird verzichtet. FIT: 320300-1b
11	SBK, FD	PGB	302	Familie & Quartier Stadt Bern	330100	Auf die Streichung des Beitrags an den Wunderplunder sei zu verzichten und der Globalkredit um 14'000.- zu erhöhen.
12	SBK, FD	PGB	302	Familie & Quartier Stadt Bern	330100	Auf die Streichung des Beitrages an den Kinderleporello sei zu verzichten und der Globalkredit um 10'000.- zu erhöhen.
13	SBK, FD	PGB	302	Familie & Quartier Stadt Bern	330100	Auf die Kürzung der Jugendkulturpauschale sei zu verzichten und der Globalkredit um 20'000.- zu erhöhen.
34	FDP/JF	PGB	301	Familie & Quartier Stadt Bern	330100	Auf die zweite Phase des Monitorings Betreuungsgutscheine ist zu verzichten. Die Kosten von PG330100 sind um CHF 30'000 zu kürzen.
41	GB/JA	PGB		Familie & Quartier Stadt Bern	330100	Auf die Streichung der Beiträge für Zwischennutzungen und Überbrückungen von Mieten für Quartiertreffpunkte soll verzichtet werden und der Globalkredit um 25'000.- erhöht werden.
42	GB/JA	PGB		Familie & Quartier Stadt Bern	330100	Auf die Streichung der 60%-Stelle "Quartierentwicklung" ist zu verzichten und der Globalkredit entsprechend um 21'600.- (2023: 43'200.-, 2024: 86'500.00) zu erhöhen.
43	GB/JA	PGB		Familie & Quartier Stadt Bern	330100	Auf die Kürzung der Mittel für Selbstverteidigungskurse um 36'000.- sei zu verzichten und der Globalkredit entsprechend zu erhöhen.
46	GB/JA	PGB	308	Pinto	330200	Das übergeordnete Ziel zu Pinto ist wie folgt anzupassen: "Personen in schwierigen sozialen Situationen, die sich vorwiegend oder oft im öffentlichen Raum aufhalten, haben einen niederschwelligen Zugang zu sozialer

						Beratung, Begleitung, Unterstützung und Vermittlung an Fachstellen und Institutionen. Der öffentliche Raum steht allen Menschen offen. Eine stadtverträgliche Koexistenz der verschiedenen Anspruchsgruppen im öffentlichen Raum ist möglich. Nutzungskonflikte werden gezielt unter Einbezug der beteiligten Personen bearbeitet."
47	GB/JA	PGB	308	Pinto	330200	Die Begrifflichkeit der Steuerungsvorgaben und Kennzahlen ist wie folgt anzupassen: Steuerungsvorgabe 1): "Aufsuchende Tätigkeit im öffentlichen Raum"; Kennzahl 2): "Interventionen bei Konflikten"
5	SBK, FD	PGB	274	Familie & Quartier Stadt Bern	330400	Auf die Sparmassnahme Optimierungen in Tagis/Tagesschulen sei zu verzichten und der Globalkredit entsprechend um 361'987.- zu erhöhen. FIT-Liste IAFP
6	SBK, FD	PGB	274	Familie & Quartier Stadt Bern	330400	Auf die Stellenreduktion der Fachspezialistin Familie sei zu verzichten und der Globalkredit entsprechend um 8'000.- (2023: 16'000.-, 2024: 32'000.-) zu erhöhen. FIT-Liste IAFP
24	AL, PdA	PGB	325	Alter und Behinderung	350500	Auf die Auslagerung, d.h. Privatisierung, des Altersheims Kühlewil sei zu verzichten. Das Budget sei um Fr. 500 000.00 zu erhöhen.
40	GB/JA	PGB		Alters-/Vers.-Amt	350500	Auf den Abbau der Projektleitungsstelle im Kompetenzzentrum Alter sei zu verzichten und der Globalkredit um 70'000.- zu erhöhen.
14	SBK, FD	PGB	334	SZMD	360100	Die Steuerungsvorgabe 5 "Anteil Kindergartenkinder mit Prophylaxeunterweisung" soll gestrichen werden.
15	SBK, FD	PGB	335	SZMD	360100	Die Steuerungsvorgabe 6 "Anteil Schulkinder mit Prophylaxeunterweisung" soll gestrichen werden.
16	SBK, FD	PGB	335	SZMD	360100	Die Kennzahl 1 "Anzahl der Prophylaxe Unterrichtsstunden" soll gestrichen werden.
17	SBK, FD	PGB	335	SZMD	360100	Bei den Kennzahlen 3, 4 und 5 soll "Befund" in "Kariesbefund" geändert werden.
18	SBK, FD	PGB	335	SZMD	360100	Anpassung von Kennzahl 5 "Anzahl untersuchte Schülerinnen und Schüler mit Befund" zu "Anteil untersuchte Schülerinnen und Schüler mit Befund".
19	SBK, FD	PGB	336	SZMD	360100	Auf die Sparmassnahme «Effizienzsteigerung Schuluntersuch» in der Höhe von CHF 25'000 ist zu verzichten.
25	AL, PdA	PGB	336	SZMD	360200	Auf die Sparmassnahmen beim Schulzahnmedizinischen Dienst wie die Zusammenlegung der Standorte Breitenrain und Bümpliz soll verzichtet werden. Das Budget sei um Fr. 300 000.00 zu erhöhen.
7	SBK, FD	PGB	276	Gesundheitsdienst	370100	Die Aufstockung der Schulsozialarbeit soll im Umfang des vom Stadtrat beschlossenen Rahmens um zusätzliche 170 Stellenprozent erfolgen. Der Globalkredit soll entsprechend um CHF 250 000 erhöht werden. FIT: 370100-1b
20	SBK, FD	PGB	343	Gesundheitsdienst	370100	Auf die Reduktion des Gesundheitsinspektors von 100- auf 50%-Stellenprozent ist zu verzichten und der Globalkredit im PGB 2022 um CHF 8'500.00 zu erhöhen.
8	SBK	PGB	276	Gesund-	370200	Von der Sparmassnahme "Verzicht auf Ge-

				heits- dienst		sundheitsberichtserstattung" in der Höhe von CHF 14'000.- ist abzusehen. FIT Liste IAFP
50	SVP, Mitte	PGB	11	Sportamt	380000	Auf die spätere Öffnungszeit (erst ab 9 Uhr) der Freibäder ist zu verzichten. Das Freibad Marzili soll in den Monaten Juni bis August weiterhin bereits um 7 Uhr öffnen. Das Budget sei um Fr. 13'750.00 zu erhöhen.
52	Mitte	PGB		Sportamt	380000	Hallo Velo wird gestrichen. Das Budget wird um die restlichen Fr. 100'000.00 gekürzt.
9	SBK, FD	PGB	277	Sportamt	380100	Auf die Sparmassnahme "Verpachtung des Betriebes Freibad Lorraine" in der Höhe von CHF 95'500.00 ist zu verzichten. FIT-Liste IAFP
21	SBK, FD	PGB	358	Sportamt	380100	Auf die Erhöhung von Gebühren zu Lasten der Stadtberner Sportvereine ist zu verzichten. Die Erlöse sind entsprechend um CHF 90'000.00 auf CHF 7'436'496.00 zu reduzieren. (PG 380100 und 380200)
23	SBK, FD	PGB	278	Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen	390100	Auf die Streichung des Leistungsvertrags Compendi mit Caritas Bern in der Höhe von CHF 50'000.- ist zu verzichten. FIT-Liste IAFP
1	Manuel C. Widmer					Erhöhung des Kontos PGB 380220 um CHF 42'000 Franken auf CHF 1'773'560.72 Franken.

SBK-Sprecherin *Sara Schmid* (SP) zu den Anträgen und Planungserklärungen SBK und Finanzdelegation (FD): An der SBK-Sitzung vom 16. August 2021 haben wir das Produktgruppen-Budget (PGB) sowie den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2022 – 2025 für die Dienststellen der Direktion BSS beraten. Bereits im Vorfeld hat sich unsere Kommission intensiv mit den geplanten Massnahmen auseinandergesetzt. Die Delegationsbesuche und -berichte stellten eine gute Grundlage dar, um über die geplanten Massnahmen sowie die entsprechenden Konsequenzen auf die Arbeit der BSS-Dienststellen zu diskutieren. Auch für die Beratung des Budgets und des IAFP sowie der rund 50 zuhanden der SBK eingereichten Anträge war die SBK gut gerüstet.

Bevor ich auf die einzelnen, von der SBK beschlossenen Anträge eingehe, möchte ich eine Gesamtwürdigung zu PGB und IAFP der Direktion BSS darlegen. Das PBG wurde in der SBK mit 4°Ja-, zu 3°Nein-Stimmen, bei 4°Enthaltungen, zur Kenntnis genommen. Ein ähnliches Bild zeigt sich beim IAFP. Dieser wurde von der SBK mit 4°Ja-, zu 2°Nein-Stimmen, bei 5°Enthaltungen, zur Kenntnis genommen. Auch hier zeigt sich keine mehrheitliche Zustimmung. Die in der SBK diskutierten Anträge respektive die Antragsbegründungen stehen sinnbildlich für den Grundtenor in der SBK. Für die einen gehen die Sparmassnahmen entschieden zu weit. Es wird befürchtet, dass Erreichtes gefährdet werde und es wird vor langfristigen Folgen gewisser Abbaumassnahmen im Bereich Soziales und in der Bildung gewarnt, beispielsweise vor der drohenden Erhöhung der Chancenungleichheit. Es ist unverständlich und kurzsichtig, dass bei der Prävention und bei der Bearbeitung von Querschnittsthemen gespart werden soll. Während einige einen grösseren als den vom Gemeinderat angenommen finanziellen Spielraum sahen, gingen den anderen die vom Gemeinderat vorgeschlagenen Massnahmen viel zu wenig weit. Angesichts der aktuellen Finanzlage brauche es Vorsicht und verstärkte Sparbemühungen, deshalb wurden Anträge eingereicht, die zusätzliches Sparpotenzial identifiziert haben. Diesen hat die SBK aber nicht Folge geleistet. Unter Berücksichtigung der von der SBK angebrachten Korrekturen kann eine kleine Mehrheit der SBK dennoch emp-

fehlen, das PGB sowie den IAFP der Direktion BSS mit einer positiven Wertung zur Kenntnis zu nehmen.

Ich stelle die beiden SBK-Anträge 1 und 4 vor. Beide werden auch von der FD unterstützt. Im Antrag 1 geht es darum, dass in der neuen Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration für die neue Laufzeit mindestens gleich viel finanzielle Mittel und personelle Ressourcen für die Umsetzung der neuen Strategie im Finanzplan eingestellt werden. Es braucht mindestens die Weiterführung der Bemühungen, aber ebenso eine angemessene Reaktion auf die Corona-Krise. Indem wir möglichst viele Menschen darin unterstützen, nicht erwerbslos zu bleiben und in die soziale Isolation gedrängt zu werden, kann der öffentliche Haushalt längerfristig entlastet werden. Bei der Planungserklärung 4 geht es um die Beiträge an die Kornhausbibliotheken, die nicht gestrichen werden sollen. Die Kornhausbibliotheken bieten der Bevölkerung eine wichtige Dienstleistung und geht es nicht an, dass dieses Angebot abgebaut wird. Es soll weiter gefördert werden.

Zu den PGB-Anträgen: Bei Antrag 2 geht es um die Kürzung des Leistungsvertrages mit dem Verein Schuldensanierung. Die SBK beantragt, dass die Kürzung rückgängig gemacht wird. Die Reduktion hätte zur Folge, dass die Zuweisung durch den Sozialdienst Bern restriktiver erfolgen müsste. Entsprechend hätten weniger Menschen Zugang zu diesem Angebot, speziell jene, die auf eine präventive Beratung angewiesen sind. Aus unserer Sicht ist dies nicht zielführend. Die Anträge 10 und 22 nehme ich zusammen: Diese verlangen, dass auf die Sparmassnahmen zur Reduktion von pädagogisch ausgebildetem Personal bei Tagesschulen verzichtet wird. Der Gemeinderat hat zusätzlich beschlossen, dass die Steuerungsvorgabe^o1 zu ändern sei. Bislang war die Sollvorgabe, dass mindestens 50% der Angestellten in der Tagesbetreuung eine pädagogische Ausbildung mitbringen müssen, neu soll dieser Anteil nur noch maximal 50% betragen. Aus Sicht der SBK und der FD ist dies zu wenig und wir beantragen eine Anpassung an die aktuellen Strukturen. Der Anteil soll mit mindestens 60% angesetzt werden. Es ist hinlänglich bekannt, dass das Personal in den Tagesschulen und den Tagesbetreuungsangeboten bereits jetzt an seine Grenzen stösst. In der Corona-Pandemie wurde dies sicherlich nicht besser.

Antrag 3 betrifft den Beitrag an die Ludothek Bern West. Wir beantragen, dass auf die Streichung verzichtet wird. Die Ludothek Bern West ist eine hochgeschätzte Einrichtung im Westen von Bern und wir möchten, dass sie weiterhin bestehen bleibt. Antrag 11 behandelt den Beitrag an den Zirkus Wunderplunder. Auch hier möchten wir auf die Streichung des Beitrages verzichten, damit die allseits beliebte Zirkuswoche weiterhin stattfinden kann. Auch mit Antrag 12 zum Beitrag an Kinder Leporello wollen wir erreichen, dass die Förderung von Kinder- und Jugendkultur keine Streichung erfährt und auf die Kürzung verzichtet wird. In derselben Argumentationslinie geht es bei der Jugendkulturpauschale weiter: In Antrag 13 beantragen SBK und FD, auf die geplante Kürzung zu verzichten. Wir möchten die Schwächung der Situation der Kulturvermittelnden, die indirekt hinzukäme, verhindern. Zu Antrag 5: Hier geht es um die Sparmassnahme zur Optimierung in Tagesstätten und Tagesschulen. SBK und FD beantragen auch hier, auf diese Sparmassnahme zu verzichten. Wir sind der Ansicht, dass die Neustrukturierung nicht zu einem Qualitätsabbau und einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führen darf. Der Druck aufs Personal sowie auf die Betreuungsqualität in den Tagesbetreuungsangeboten ist bereits heute sehr hoch. Gerade die Corona-Pandemie hat die gesellschaftliche Bedeutung der familienexternen Kinderbetreuungen deutlich aufgezeigt. Es wäre eine Aufwertung nötig und es ist unverständlich, warum ausgerechnet in diesem Bereich – bei den Schwächsten – gespart werden soll.

Antrag 6 betrifft die Stellenreduktion der Fachspezialistin Familie. SBK und FD beantragen, auf diese zu verzichten. Diese Stellenkürzung hat zur Folge, dass weniger Projekte für eine familienfreundliche Stadt umgesetzt werden können. Eine Auswirkung, die sich auch in anderen Direktionen zeigt: Mit Stellenreduktionen werden viele direktionsübergreifende Quer-

schnittsthemen wie Gleichstellung und Familienfreundlichkeit abgebremst, was aus unserer Sicht nicht zielführend ist. Anträge 14 bis 18, die sowohl von der SBK wie auch von der FD unterstützt werden, nehme ich zusammen: Es geht um die Streichung einiger Steuerungsvorgaben sowie Anpassungen von Kennzahlen beim Schulzahnmedizinischen Dienst (SZMD). Dabei geht es um eine Vereinheitlichung und Präzisierung. Antrag 19 betrifft auch den SZMD und ist inhaltlicher Natur: SBK und FD beantragen den Verzicht auf die Sparmassnahme, namentlich auf die Steigerung der Effizienz beim Schuluntersuch. Aus unserer Sicht ist die Zahngesundheit für die Gesamtgesundheit und die Lebensqualität von zentraler Bedeutung. Studien belegen, dass die Zahngesundheit wesentlich zum Schulerfolg beiträgt. Mit den generell steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen ist es unverständlich, dass Pensen von Zahnärzt*innen und Dentalassistentenpersonen beim SZMD gestrichen werden sollen.

Antrag 7 betrifft die Schulsozialarbeit und wurde in der Kommission sehr deutlich angenommen. Infolge der Pandemie ist der Bedarf an Schulsozialarbeit weiter gestiegen und andere Städte stocken in diesem Bereich ihre Stellen auf. In Bern wird das vergleichsweise tiefe Ziel von 800 Schülerinnen- und Schüler pro 100% Schulsozialarbeitsstelle nicht erreicht. Dieser Wert ist zu tief, um eine qualitativ gute Versorgung gewährleisten zu können. Bei stetiger Zunahme der Schülerinnen- und Schülerzahl und gleichbleibenden Stellenprozenten, kommt diese Massnahme einem Abbau gleich. Aus Sicht von SBK und FD wäre dies problematisch. Der niederschwellige Zugang zur Schulsozialarbeit soll weiterhin gewährleistet werden, damit die Früherkennung von Problemen sichergestellt werden kann. Deshalb verlangen wir, dass der Antrag – den der Stadtrat bereits letztes Jahr beschlossen hat – zur Erhöhung der Stellen tatsächlich erfolgt und ein möglichst bedarfsgerechter Versorgungsgrad gewährleistet werden kann. Antrag 20 behandelt die Reduktion der Stellen im Gesundheitsinspektorat. SBK und FD beantragen den Verzicht auf diese Massnahme. Der Abbau dieses Angebots würde dazu führen, dass der Zugang sinkt und die Lebensqualität der sozial schwächsten Menschen in der Stadt Bern entsprechend reduziert würde. In Antrag 8 geht es um die Massnahme zum Verzicht auf die Gesundheitsberichterstattung in der Höhe von 14'000 Franken. Mit dieser Sparmassnahme würden zwar die Daten für die Stadt Bern weiterhin erhoben werden, die Ressourcen für die Verarbeitung und Auswertung der Daten würden aber fehlen. So fallen längerfristig Grundlagen weg, die für die Steuerung, Qualitätskontrolle und die Evaluation der Angebote nötig sind. Für die SBK ist dies nicht zielführend.

Zu den letzten Anträgen: In Antrag 9 – das Lorrainebad betreffend – verlangen SBK und FD, dass auf die Sparmassnahme mit der Verpachtung des Freibads verzichtet wird. Es handelt sich um ein wichtiges Erholungsgebiet für die Bevölkerung und eine Abdeckung des Aarebeckens und eine allfällige Verpachtung des Bades sind weder von der Bevölkerung noch von den Quartierorganisationen gutgeheissen worden. Um die Sicherheit der Badegäste auch weiterhin gewährleisten zu können, muss die Badeaufsicht weiterhin aufrechterhalten werden. Im Antrag 21 geht es um die Erhöhung der Gebühren zu Lasten der Stadt Berner Sportvereine, auf die verzichtet werden soll. Der Erlös ist entsprechend um 90'000 Franken zu reduzieren. Die Sportvereine sind eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft, indem sie integrieren, inkludieren und vernetzen. Viele Sportvereine sind bereits in einer finanziell angespannten Lage und müssten höhere Gebühren über die Mitgliederbeiträge kompensieren. Höhere Beiträge hätten zur Folge, dass sich die Eintrittshürde erhöht. Aus Sicht der SBK und der FD ist dies nicht wünschenswert. Zum letzten Antrag 23: Der Leistungsvertrag von Comprendi mit der Caritas Bern soll weitergeführt werden und auf die Streichung soll verzichtet werden. Aus unserer Sicht ist die Streichung des Leistungsvertrags nicht zielführend. Diese Dienstleistung soll weiterhin in Anspruch genommen werden, damit die Stadt allen Bewohnenden einen niederschweligen, diskriminierungsfreien Zugang zu den städtischen Betrieben, Organisationen und zur Stadtverwaltung bieten kann.

Tom Berger (FDP) zu den Anträgen der Fraktion FDP/JF: Unser erster Antrag betrifft das Cannabis-Projekt. Man kann und wird uns den Vorwurf machen, dass dieser Antrag zu spät kommt und dieses Projekt nun gestartet werden soll, da es bereits in den Startlöchern steht. Die Stadt Bern hat ihre Zusage bereits gemacht. Gleichwohl erachten wir es als unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, dass die Finanzierung oder Mitfinanzierung sowie die administrative Unterstützung einer nationalen Studie definitiv nicht zu den Kernaufgaben einer Stadt gehört – erst recht nicht, wenn tiefrote Zahlen ausgewiesen werden. Ganz wichtig ist uns zu betonen, dass dies kein Votum gegen diese Studie ist. Es ist auch kein Votum gegen die Liberalisierung oder Legalisierung der Substanz Cannabis. Mit Blick auf die tiefroten Finanzen und die angezeigte Verzichtsplanung, die vorgenommen werden muss, kann dieses Projekt gestrichen werden, ohne die Lebensqualität in der Stadt Bern massgeblich zu beeinflussen. Unsere beiden Anträge 31 und 32 betreffen die Wohnstrategie der Stadt Bern. Die Stadt plant in diesem Bereich Mehrausgaben, dabei handelt es sich um eine sogenannt selbstgewählte Aufgabe. In zwei Wochen stimmen wir über eine massive Krediterhöhung ab, die Stadt will weitere 45°Mio. Franken in den Kauf von Wohnungen investieren. Es wurden bereits dutzende Millionen Franken Steuergelder in die Schaffung von Wohnungen im Segment Günstiger Wohnraum (GüWR) investiert. Es gilt sicher zu stellen, dass die GüWR-Wohnungen – anders als es heute der Fall ist – von Personen bewohnt werden, die effektiv auf eine solche Unterstützung des Staates angewiesen sind. Weiter ist angezeigt, dass Wohnbaugenossenschaften und Wohnbauträger, die von der Stadt Bern teilweise massive Subventionen über den Bodenzins erhalten, bei der Belegung ihrer Wohnungen entsprechende Vorschriften erhalten. Damit soll sichergestellt werden, dass sie explizit auch Wohnraum für sozial schwächer gestellte Stadtbernerinnen und -berner schaffen und wir als Stadt mit Steuergeldern nicht einzig den Wohnungsbau für den gehobenen Mittelstand subventionieren. Wenn es effektiv der Fall sein sollte, dass bei IV-Bezügerinnen oder bei Bezüglern von Ergänzungsleistungen Lücken entstehen und der Bund – der für die Finanzierung diese Sozialwerke zuständig ist – gewisse Lebensbereiche wie beispielsweise Mietzinsgarantien nicht adäquat berücksichtigt, ist es angezeigt, auf dieser Ebene Nachbesserungen vorzunehmen. Es ist nicht notwendig, dass die Stadt zusätzliche 0,8% Stellen schafft oder dass weitere 200°000°Franken Steuergelder in die Wohnbauvermittlung gesteckt werden. Zumal sind in der Wohnbauvermittlung bereits privatrechtliche Organisationen aktiv. Dies sind geplante Mehrausgaben, auf welche die Stadt getrost verzichten kann, ohne die Lebensqualität der Stadtbevölkerung zu verschlechtern. Antrag 34 betrifft das Monitoring zu den Betreuungsgutscheinen. Zur Erinnerung: Es handelt sich um ein kantonales Gesetz, genauer gesagt um eine kantonale Gesetzesrevision. Unsere Fraktion hat sich von Anbeginn dagegen ausgesprochen, dass die Stadt parallel zum Monitoring auf kantonaler Ebene ein zweites Monitoring auf städtischer Ebene durchführen will. Wir sind damals in der Abstimmung unterlegen, nun haben Sie eine zweite Chance – vor dem Hintergrund der katastrophalen Finanzlage – zumindest die zweite Phase des Monitorings zu beenden. In diesem Fall steht der Kanton in der Verantwortung und er wird die Auswirkungen seiner Revision überprüfen. Sollte es Nachbesserungen brauchen, werden diese auf kantonaler Ebene umgesetzt und nicht in der Stadt Bern. Unser letzter Antrag 33 betrifft das Sozialamt: Die Fraktion FDP/JF anerkennt, dass es zusätzliche, personelle Ressourcen braucht. Uns ist ebenfalls bewusst, dass die zusätzlichen Stellen nächstes Jahr lastenausgleichsberechtigt sein werden. Aber ob diese Stellen durch den Kanton oder die Stadt bezahlt werden, ist einerlei. Es handelt sich in jedem Fall um Steuergelder, mit denen wir haushälterisch umgehen müssen. Wir stellen den Antrag, dass die Personalressourcen im Sozialamt erhöht werden, aber in kleinerem Umfang – es seien statt 5,6 lediglich 3 Vollzeitstellen zu schaffen. Die 2,6 Vollzeitstellen können eingespart werden, nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass die Stadt Bern aktuell mehrere Millionen Franken in eine neue Fallführungssoftware investiert, die die Arbeit effizienter gestalten soll. Dies muss zur Folge haben,

dass auch in einem wichtigen politischen Bereich wie dem Sozialamt die internen Abläufe hinterfragt und optimiert werden. Insofern bitte ich Sie – mit Blick auf die tiefroten Finanzen und das massive Defizit, das wir heute oder nächste Woche beschliessen werden – den Anträgen der Fraktion FDP/JF zuzustimmen. Es sind fünf Anträge, die angenommen werden können, ohne dass dies den geringsten Einfluss auf die Lebensqualität in der Stadt Bern haben wird.

Ursina Anderegg (GB) zu den Anträgen der Fraktion GB/JA!: Antrag 39 behandelt die Kürzung bei der Koordinationsstelle Sucht um 40° Stellenprozent, die wir rückgängig machen möchten. Für uns ist klar, dass wir als Stadt Bern weiterhin vorangehen und in der Drogen- und Suchtpolitik Pionierarbeit leisten wollen. Der Bund hat dieses Jahr einen Paradigmenwechsel angekündigt, der die Legalisierung aller Drogen ins Auge fassen soll. Wir finden, die Stadt muss bei diesen Innovationen mithelfen und dafür braucht es Personal, das mitziehen kann. In Antrag 45 geht es um etwas mehr als 40°000 Franken im Bereich Schulamt, nämlich um das Angebot von Information und Bildung. Ein Angebot, das den direkten Informationsfluss von der Stadt zu den Eltern und Kindern ermöglicht. Wenn diese Informationskanäle wegfallen, gibt es nur noch willkürliche Informationen. Aktuell laufen zahlreiche Reformen in unterschiedlichen Bereichen der Bildung und Betreuung und uns ist wichtig, dass transparent und in der gesamten Stadt einheitlich kommuniziert werden kann. Zu Antrag 44: Die Tarife der Ferieninsel sollen neu einkommensabhängig ausgestaltet werden, was wir grundsätzlich begrüssen. Wir möchten nicht, dass gleichzeitig gespart respektive über die Tarife umverteilt wird, vor allem zu Lasten der mittleren Einkommen. Das neue System soll einkommensabhängige Tarife beinhalten, die 200°000°Franken, die zu Lasten der Eltern gehen würden, sollen nicht eingespart werden. Wir haben versucht, nachzurechnen, welche Auswirkungen die angedachte Anpassung haben würde. Bereits ab einem mittleren Einkommen von ungefähr 60°000°Franken pro Jahr erhöht sich der heutige Pauschalbeitrag von 25 Franken um fünf Franken, ab 70°000°Franken beträgt der Tarif bereits 44°Franken mehr pro Tag. Es gibt entsprechend eine Verteuerung zu Lasten der mittleren Einkommen. Im Zusammenhang mit der Gleichstellung und der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie ist es für uns zentral, dass die Angebote der Ferieninseln zugänglich bleiben. Sie stellen eine Form von Service public dar. Eine Verteuerung zu Lasten der Eltern kommt für unsere Fraktion nicht in Frage. Zu den Anträgen 41 und 42: Diese hängen zusammen. Es geht um die Dienststelle Familie und Quartier Stadt Bern. Einerseits geht es beim Antrag°41 um den Budgetposten von 25°000°Franken, der aktuell für Überbrückungsleistungen bei Zwischennutzungen zur Verfügung steht, bis eine nachhaltige Lösung vor Ort in den Quartieren gefunden werden kann. So sollen neue Quartiertreffe implementiert werden. Wir erachten dies als einen vergleichsweise kleinen Betrag, der aber unter Umständen eine enorm grosse Wirkung haben kann. Grössere Institutionen werden animiert, die weitere Finanzierung mitzutragen. Antrag°42 dreht sich um eine neugeschaffene Stelle in der Quartierentwicklung, die gestrichen werden soll. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag an die Quartierentwicklungsprozesse und wir möchten, dass dies auch weiterhin möglich bleibt. Das Angebot ermöglicht die Vermittlung zwischen Leuten, die in den Quartieren aktiv sind, mit kleinen Vereinen und grösseren Institutionen und koordiniert diese mit anderen Verwaltungsstellen bei Schulhausneubauten, Siedlungsentwicklungen und Parkumgestaltungen. Die soziokulturelle Perspektive wird auf diese Weise vermehrt eingebracht. Die bestehende Sozialplanungsstelle in der BSS ist seit Jahren unterdotiert. Sie hätte eine wichtige Funktion in den Planungsprozessen – und deren gibt es sehr viele. Uns ist wichtig, dass die soziokulturelle Perspektive vermehrt einfliesst und dafür brauchen wir eine solche Stelle, weshalb sie nicht gekürzt werden soll. Zu Antrag 43: Die Kürzungen bei den Selbstverteidigungskursen sollen rückgängig gemacht werden. Diese Kurse wurden aufgrund einer vom Stadtrat mehrheitlich überwiesenen Motion von 2019 für Kinder; Jugendliche und

Erwachsene von der Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit (VBG) kostenlos angeboten. Die Kurse für Erwachsene sollen gestrichen werden. Wir sind klar dagegen. Zahlreiche Massnahmen, die zur tatsächlichen Gleichstellung und zum Abbau sexualisierter Gewalt einen grossen Beitrag leisten können, sollten von Kürzungen nicht betroffen sein. In diesem Bereich können auch kleine Beträge eine grosse Wirkung entfalten. Ich gehe davon aus, dass mit der interfraktionellen Motion «#TextMeWhenYouGetHome», die nächste Woche im Stadtrat diskutiert wird und Unterstützung aus fast allen Fraktionen erfährt, das Bestreben nach Empowerment von Menschen im öffentlichen Raum klar bekundet wird, und dass die zustimmenden Fraktionen auch diesen Antrag unterstützen können.

Bei den letzten beiden Anträgen 46 und 47 geht es um das Angebot von Pinto – diesmal ohne Kostenfolge. Es geht um die übergeordneten Ziele und Steuerungsvorgaben sowie um Kennzahlen. Zur Richtigstellung: Dieser Antrag kommt von uns und nicht von der SBK oder einer Delegation. Wir hatten im Vorfeld ein kleines Missverständnis mit der Verwaltung und der Delegation. Wir haben die beiden Anträge, die eigentlich von einer Delegation in die SBK getragen wurden, in der Kommission nicht diskutieren können und ich habe diese im Anschluss – als Teilnehmerin an der einreichenden Delegation – im Namen unserer Fraktion eingereicht. Inhaltlich geht es darum, dass sich die Arbeit von Pinto in den letzten Jahren verändert hat. In der Kommission fanden auch Diskussionen über den Auftrag und die Ausrichtung von Pinto statt. Pinto hat nun selber ein neues Konzept geschrieben. Sie waren – auch im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie – vermehrt aufsuchend unterwegs und haben Treffpunkte von Menschen mit Lebensmittelpunkt auf der Gasse koordiniert. Von Seiten der Verwaltung kam daraufhin der Wunsch, dass dies auch im Budget bei den übergeordneten Zielen entsprechend angepasst wird. Beispielsweise sollen Auftragsformulierungen wie «Pinto soll störendes Verhalten im öffentlichen Raum durch ordnungsdienstliche Tätigkeiten unterbinden» abgelöst werden und mehr in eine fachlich-sozialarbeiterische Richtung weisen. Es soll mehrheitlich um aufsuchende Tätigkeiten gehen und um die Stärkung der vermittelnden Aufgaben, die Pinto bereits heute wahrnimmt. Wenn Antrag^o46 angenommen wird macht es entsprechend Sinn, dass auch bei den Steuerungsvorgaben und den Kennzahlen der Auftrag angepasst wird (*liest Antrag 47 vor*). Ich bitte um Unterstützung dieser Anträge. Sie kommen damit Pinto und der Verwaltung entgegen, indem ihre Arbeit formal angepasst wird.

Sara Schmid (SP) zu den Anträgen der Fraktion SP/JUSO: Ich werde die einzelnen Planungserklärungen der SP/JUSO-Fraktion begründen. Zur grundlegenden Haltung unserer Fraktion werde ich im Fraktionsvotum Stellung nehmen.

Eine Bemerkung im Voraus: Die SP/JUSO-Fraktion hat kein Verständnis für Massnahmen, die die Bildung und Chancengleichheit oder den Service public schwächen. Angesichts der aktuellen Entwicklungen – wie steigende Schüler*innenzahlen oder komplexe Auswirkungen der Corona-Pandemie auf verschiedene Lebensbereiche – wäre es nicht nur unverantwortlich, auf Kosten der Bildung und des Sozialen zu sparen, sondern auch die notwendigen Ausbaumassnahmen zu unterlassen. Zudem geht es nicht an, dass im Zuge der städtischen Sparbemühungen ein beliebter und wichtiger öffentlicher Begegnungs- und Erholungsort wie das Lorrainebad privatisiert werden soll. Das Lorrainebad muss als öffentliches Freibad erhalten bleiben.

Zu den einzelnen IAFP-Anträgen in chronologischer Reihenfolge: Antrag 54 fordert den Gemeinderat auf, dem Wachstum der Schüler*innenzahl entsprechend, über die vom Kanton zur Verfügung gestellten Lektionen, zusätzliche Lernunterstützung zur Verfügung zu stellen. Dies in allen Schulkreisen und unbesehen des Sozialindex des Schulkreises. Mit der wachsenden Schüler*innenzahl nimmt auch der Bedarf an Förderlektionen zu, in allen Quartieren. Die Erhöhung der Lektionen durch den Kanton erfolgt aus unserer Sicht aber nur unzureichend und somit werden die Bedürfnisse der Schüler*innen nach spezifischer Förderung nicht genü-

gend abgedeckt. Besonders im Nachgang zur Corona-Pandemie muss der Integration und Inklusion von Kindern mit besonderen Bedürfnissen Beachtung geschenkt werden. Wir verlangen deshalb von der Stadt Bern, dass sie diesbezüglich die Verhandlungen mit dem Kanton intensiviert und gleichzeitig auch in einer Übergangszeit fehlende Förderlektionen selber finanziert. Antrag 55 behandelt ebenfalls die steigende Schüler*innenzahl. Hiermit fordern wir den Gemeinderat auf, angesichts steigender Zahlen insbesondere das soziokulturelle Angebot aber auch die schulzahnmedizinischen Leistungen und die familienergänzende Betreuung in der Stadt Bern auszubauen. Die SBK soll darüber im Rahmen der Jahresberichtserstattung in Kenntnis gesetzt werden. Es ist klar, dass es nicht ausreicht, lediglich mehr Schulraum bereitzustellen. Mit der steigenden Schüler*innenzahl müssen sämtliche Angebote für Schüler*innen wie auch die Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ebenso erhöht werden. Hier möchten wir das Augenmerk auf weniger privilegierte Kinder und Jugendliche legen. Antrag 56 zu den Kornhausbibliotheken ist im Grundsatz deckungsgleich mit Antrag 4 der SBK/FD. Die beiden Anträge werden in der Abstimmung zusammengefasst. In Antrag 57 wird die Erhöhung der Stellenprozente für die Schulsozialarbeit verlangt. Der Gemeinderat wird aufgefordert, pro 700°Schüler*innen – ungeachtet des Sozialindex des Schulkreises – mindestens eine 100%-Stelle Schulsozialarbeit vorzusehen. Es ist kein Geheimnis, dass die Früherkennung von Problemlagen zentral ist, um eine Chronifizierung zu verhindern. Auf verschiedenen Ebenen ist es höchst problematisch, bei der Prävention zu sparen. Ebenso ist nicht neu, dass die Stadt Bern im Vergleich mit anderen Schweizer Städten wenig Ressourcen im Bereich der Schulsozialarbeit aufweist. Die Stadt Basel beispielsweise stellt 100 Stellenprozente Schulsozialarbeit pro 600°Schüler*innen bereit. In Bern wird das ohnehin bereits ungenügende Ziel von 800°Schülerinnen und Schülern nicht erreicht. Nicht nur mit der wachsenden Anzahl Schüler*innen erhöht sich der Bedarf an Schulsozialarbeit, sondern auch gerade im Nachgang an die Corona-Pandemie nehmen die sozialbedingten Probleme wie auch die Chancenungleichheit an den Schulen zu. Die Stadt Bern muss auf diese Entwicklungen reagieren und den Schulen und Schüler*innen rasch die notwendigen Unterstützungsmöglichkeiten anbieten. Mit Antrag 58 fordern wir, dass kein Abbau bei schulzahnmedizinischen Leistungen stattfinden darf. Als Folge der Zusammenlegung der Standorte des SZMDs, darf es insbesondere bei den ärztlichen und den kieferorthopädischen Leistungen zu keinem Abbau kommen. Es handelt sich um einen Service public und ein Sozialabbau in Folge der Zusammenlegung der Klinikstandorte wäre inakzeptabel. Zur Betonung: Kieferorthopädische Leistungen, die durch den SZMD kostengünstiger erbracht werden, sind für finanzschwache Familien von entscheidender Bedeutung, deshalb darf es hier keine Abstriche geben. Antrag 59 betrifft das Lorrainebad. Wir wollen verhindern, dass das Lorrainebad privatisiert wird. Das Lorrainebad muss ein von der Stadt öffentlich betriebenes Bad bleiben. Es ist seit langem wesentlicher und fester Bestandteil des Quartiers und wird nicht nur vom Quartier, sondern auch darüber hinaus sehr geschätzt. Das Vorhaben des Gemeinderates stösst auf allgemeines Unverständnis. Mit dem Antrag fordern wir, dass die Stadt das Lorrainebad weiterführt, von einer Privatisierung absieht und für die bestehende Infrastruktur eine sanfte und kostengünstige Instandhaltung vorsieht. Hierzu wird im Anschluss noch ein Einzelvotum folgen. In Antrag 60 geht es um Alternativen zur Aula Länggasse. Wir fordern den Gemeinderat auf, im Schulkreis Länggasse-Felsenau bis 2025 eine Alternative zum Neubau einer Aula zu suchen. Auch dazu wird ein Einzelvotum gehalten werden.

Die Planungserklärung⁶¹ beantragt, dass bei der Zwischennutzung des Hallenbads Hirschengraben der Fokus auf Räume für die Jugend und die Jugendkultur gelegt wird. Räume für kreative und nicht-kommerzielle Entfaltung der Jugendlichen und der jungen Erwachsenen sind in der Stadt Bern rar. Aus diesem Grund erachten wir es als grosse Chance und einen Gewinn für die Stadt Bern, wenn – sobald es zu einer Zwischennutzung käme – ein Modell analog dem Neubad in Luzern in Betracht gezogen wird. Neubad heisst seit 2013 die

Umnutzung des ehemaligen Hallenbades in der Stadt Luzern. Diese Zwischennutzung wird für Veranstaltungen, Gastronomie und Caterings, als Arbeits- und Wirkungsraum, als Galerie sowie als Quartiertreff und -garten rege genutzt und erfreut sich grosser Beliebtheit.

Zora Schneider (PdA) zu den Anträgen der Fraktion AL/GaP/PdA: Ich werde in die Antragsbegründung auch unsere Fraktionserklärung einbinden, da wir sehr viele Anträge gestellt haben und die Zeit für die Diskussion genutzt werden soll, anstelle langer Erklärungen.

Zur BSS haben wir die meisten Anträge eingereicht, da es um soziale Anliegen geht. Wir möchten mit unseren Anträgen eine rote Linie ziehen, die der Gemeinderat mit seinen Sparmassnahmen nicht überschreiten darf. Wir lassen keinen Sozialabbau zu und wollen verhindern, dass vielgenutzte, städtische Gebäude und Dienstleistungen eingespart oder an Private verkauft werden. Diesen Grundsatz haben alle unsere Anträge gemeinsam. Der Gemeinderat geht mit seinen Sparvorschlägen weit über diese rote Linie hinaus. Wir denken dabei an die Verpachtung des Lorrainebads, an die Zusammenlegung und Verkleinerung des SZMD, an die Schliessung des Friedhofs Bümpliz und an die Privatisierung des städtischen Alters- und Pflegeheims Kühlewil (APHK). Dies hätten wir von einer rot-grünen Stadt wie Bern, mit einer linken Mehrheit im Parlament, nicht erwartet. Deshalb rate ich Ihnen, nochmals über die Konsequenzen nachzudenken und bitte um Ihre Unterstützung unserer Anträge.

In Antrag 35 geht es um die Sparmassnahmen bei Partizipationsprojekten, auf die verzichtet werden soll. Wir sind oft unzufrieden mit der Art und Weise der Partizipation in der Stadt Bern. Es werden zahlreiche Meinungen eingeholt, schlussendlich aber nur diejenigen berücksichtigt, die der Meinung des Gemeinderats entsprechen. Zum Grundsatz einer Stadt der Partizipation stehen wir. Wir nehmen mit diesem Antrag den Gemeinderat beim Wort, der sich das Leitmotiv «Stadt der Partnerschaften» gesetzt hat. Partizipation braucht bessere Gefässe und keine paradoxen Sparmassnahmen. Antrag 26 behandelt die geplante Streichung der Notwohnungen für Menschen, die vorübergehend eine Bleibe suchen und von drohender Obdachlosigkeit betroffen sind. Wir verlangen, dass auf die Streichung der Notwohnungen verzichtet wird. Der Gemeinderat verspricht, dass diese Personengruppe zukünftig in Hotels untergebracht werden kann. Für einen Grossteil unserer Fraktion ist es etwas Anderes, in einem Hotel anstatt einer Wohnung zu wohnen. Die Notwohnungen sollen ihren richtigen Zweck behalten und bestehen bleiben. Die Stadt Basel beispielsweise betont auf ihrer Website, wie wichtig Notwohnungen seien. Wieso dies für Bern nicht gelten soll, erschliesst sich mir nicht. Ausserdem bin ich gegen Lösungen, die unter der Hand passieren und rasch willkürlich werden können. Dies betrifft auch den nächsten Antrag 36: Auf die Kürzung der Stelle für soziale Integration (SI) für Geflüchtete soll verzichtet werden. Mit der Kürzung dieser Stelle würde die soziale Integration vermehrt auf Freiwilligenarbeit beruhen. Es ist eine allgemeine Tendenz spürbar, dass man sich im Asylwesen vermehrt auf Freiwillige verlässt. Dies bekämpfen wir vehement. Es werden weniger Gelder gesprochen und es wird damit gerechnet, dass Menschen mit Herz die Arbeit gratis erledigen werden. Das ist nicht der richtige Weg für die Asylpolitik in der Stadt Bern. Wir sind der Überzeugung, dass es nebst der beruflichen Integration auch eine gut ausgestattete soziale Integration braucht. In Antrag 37 geht es um den geplanten Jugendpavillon im Stadtteil Holligen-Nord. Dieser soll nicht gebaut werden, obwohl dies in einem Mitwirkungsverfahren so festgehalten wurde. Der Jugendpavillon ist ein Jugendtreff, von denen es in der Stadt Bern und besonders in diesem Stadtteil zu wenige gibt. Der Verzicht wird damit begründet, dass stattdessen in den Überbauungen «Huebergasse» und «Warmbächli» etwas für die Jugend getan werden soll. Für 35'000 Franken pro Jahr soll zudem ein Ersatzstandort gemietet werden. Wir erachten einen teuren Ersatz als ungenügend. Der geplante Jugendpavillon eröffnet viele Mitgestaltungsmöglichkeiten, die anderweitig nicht gegeben sind. Wir verlangen, dass der Jugendpavillon gebaut wird.

Antrag 28 ist wichtig: Er betrifft die Wiedereinführung der Behandlungskostenbeiträgen für Zahnbehandlungen beim SZMD. Beim SZMD werden Zähne von Kindern wie auch von Erwachsenen kostengünstig behandelt. Diese Beiträge wurden in der letzten Sparrunde mit der Begründung gestrichen, dass Zahnbehandlungen für Familien und Menschen mit beschränkten finanziellen Mitteln einen grossen Teil der Gesellschaft betreffen. Genau deshalb sollten diese erhalten bleiben. Nach der Abschaffung dieser Beiträge wurde ersichtlich, dass sehr viele Menschen darauf angewiesen sind und die Gesuche beim Ziegler-Fonds stark zugenommen haben. Der Ziegler-Fonds spricht seinerseits Beiträge, aber in einem beschränkten Rahmen. Die gestrichenen Behandlungsbeiträge im SZMD können durch den Ziegler-Fonds nicht ersetzt werden. Wer – wie ich – bereits sehr lange in der SBK ist, kennt diesen Fakt. Der Ziegler-Fonds ist eine Art Blackbox. Es ist nicht transparent, welche Beiträge für welche Behandlungen tatsächlich gesprochen werden. Zähne von zahlreichen Menschen – wie beispielsweise von IV-Bezügerinnen oder Menschen mit einer Autismusspektrumsstörung – sind gefährdet. Diese Beiträge müssen wieder eingeführt werden.

Im Antrag 27 sind die Beteiligungen an Mietzinsvergünstigungen auf dem Standplatz für Fahrende «Buech» Thema; sie sollen beibehalten werden. Die Fahrenden auf diesem Standplatz haben bereits heute sehr wenig Platz und der Wille der Stadt, diesen Umstand zu verändern, ist trotz vorliegenden Vorschlägen, nicht erkennbar. Die Mieten mit einem Verzicht auf Mietzinsvergünstigungen indirekt zu erhöhen, erachten wir als zynisch. Es zeugt einmal mehr von der städtischen Ausgrenzungspolitik gegenüber den Fahrenden im «Buech». In Antrag 24 geht es um die Privatisierung des APHK, die im Budget verankert werden soll. Bei dieser Privatisierung wird bestritten, dass es sich um eine solche handelt. Dies, obwohl beschlossen wurde, dass die Gebäude des Altersheims verkauft werden sollen. Es sind nicht alle Gebäude betroffen, sondern nur die bereits sanierten Gebäude. Wir geben nicht auf und fordern den Stadtrat auf, den Verkauf von öffentlichen Gebäuden, Dienstleistungen und Angeboten nochmals zu überdenken. Die Begründung von Gemeinderätin Franziska Teuscher, dass Altersheime eine kantonale Angelegenheit seien, lassen wir nicht gelten. Ein städtisches Altersheim kann weiterhin betrieben werden. Der Betrieb läuft gut, die Siloah AG wittert entsprechend ein gutes Geschäft. In diesem Sinn lässt sich sagen, dass wenn sich ein Kauf des APHKs für die Siloah AG lohnt, lohnt sich auch dessen Weiterbetrieb durch die Stadt Bern. Wenn wir das Heim nicht privatisieren, haben wir als Stadt grössere Bestimmungsmöglichkeiten. Ja, es besteht Sanierungsbedarf, aber trotzdem soll nicht vorschnell aufgegeben werden. Wir haben mit der SBK das städtische Altersheim besucht. Ein Hauch von Freiheit wehte uns entgegen, was beim Besuch eines Altersheims nicht per se erwartet würde. Kühlewil liegt nahe von Bern und ist umgeben von vielen Ländereien, die verschiedentlich genutzt werden könnten. Beispielsweise könnte die Lancierung eines Zukunftsprojektes für Wohnen im Alter oder für Selbstversorgung in Betracht gezogen werden. Bereits heute leben nicht nur alte Menschen dort, sondern auch junge. Es gibt verschiedene Integrationsprojekte vor Ort. Es bieten sich zahlreiche Möglichkeiten auf diesem weitläufigen Grundstück. Ausserdem hat das Altersheim der Stadt Bern Tradition. Es ist 1892 als Armenanstalt eröffnet worden, damals ging es darum, armen Menschen ein Dach über dem Kopf zu bieten. Noch heute erfüllt das APHK soziale Funktionen. So werden Menschen aufgenommen, die in anderen Institutionen nicht aufgenommen werden, wie uns Pierre Steiner, Direktor des APHKs, bestätigt hat. Gerade weil das APHK ist, wie es ist, finden diese Menschen dort ein Zuhause. Es ist weitläufig, freier und emanzipierter als ein herkömmliches Altersheim und viele Menschen finden hier ihren Platz. Der Verkauf bedeutet eine Aufspaltung, da nicht alle Gebäude an die Siloah AG verkauft werden. Ich befürchte, dass sich das Arbeits- und Wohnklima für die Angestellten und die Bewohner*innen ändern wird, auch wenn das Gegenteil behauptet wird. Dieser drohende Verlust leistet sich eine grüne Gemeinderätin, das erstaunt und befremdet uns. Vorherige Sparrunden und bürgerliche Regierungen hat das APHK überstanden. Ich bitte um Ihre Unterstützung.

Bei Antrag 25 geht es um die Sparmassnahmen beim SZMD. Es geht um die Zusammenlegung der Schulzahnklinikstandorte Breitenrain und Bümpliz. Dazu muss gesagt werden, dass die Schulzahnklinik nicht nur günstige Preise für Zahnbehandlungen von Kindern bietet, sondern auch von Erwachsenen. Sie erhalten eine solide Zahnbehandlung, die sie sich sonst unter Umständen nicht leisten könnten. Eine Zusammenlegung der Standorte wird auf eine Kürzung des Angebotes hinauslaufen. Das darf mit einer öffentlichen Dienstleistung, die zentrale soziale Aufgaben erfüllt, nicht passieren. Es darf nicht vergessen werden, dass in der Schweiz die Zahnmedizin nicht von der obligatorischen Krankenversicherung abgedeckt ist. Viele Menschen können sich aufgrund dessen keine Zahnbehandlung leisten. Die Schulzahnklinik sorgt für mehr Gerechtigkeit und sollte entsprechend aus- und nicht abgebaut werden. Der Vorschlag der Zusammenlegung der Standorte wurde ausserdem ohne grössere Begründung und Diskussion beschlossen. Angesichts des potenziellen, sozialen Schadens einer solchen Massnahme erstaunt uns das sehr.

Thomas Fuchs (SVP) zu den Anträgen 66 und 67 der Fraktion SVP: Zu den gefühlten 1000 Anträgen begibt sich jeder Antragsteller ans Rednerpult, trotz der vorhandenen Begründungen auf der Antragsliste. Bringt das einen Mehrwert? Ich habe mich im Ratssaal umgesehen und geschaut, wer dem Votum von Zora Schneider zugehört hat. Ich hatte nicht den Eindruck, dass viele ihren gut nachvollziehbaren Begründungen ein Ohr geschenkt haben. Es ist in etwa gleich spannend, wie wenn an einer Generalversammlung das Protokoll der letztjährigen Versammlung vorgelesen wird. Darauf wird meistens verzichtet, wie auch auf das Verlesen des Revisorenberichts. Vielleicht sind zumindest die anwesenden Medienschaffenden froh, wenn etwas gesagt wird. Aber auch sie könnten die Begründungen nachlesen. Trotzdem sage ich etwas zu den beiden von mir eingereichten Anträgen: Seit Jahren arbeite ich mit den betroffenen Stellen zusammen und ich bin dagegen, dass Angebote eingespart werden, deren Fehlen uns im Endeffekt teuer zu stehen kommen wird.

Zum Antrag 67: Beim Gesundheitsinspektorat sollen die aktuell unbesetzten 50% der 100%-Stelle nicht mehr neu besetzt werden. Meiner Meinung nach wird im Gesundheitsinspektorat sehr viel getan für Menschen, die sonst beim Sozialdienst landen würden oder bei anderen Stellen untergebracht und allem voran finanziell unterstützt werden müssten. Vielfach handelt es sich um Menschen, die ihren Lebensunterhalt eigenständig bestreiten, aber gewisse Unterstützungen beispielsweise im Bereich Wohnen benötigen, wie zum Beispiel ein Messie. Mit vergleichsweise geringem Aufwand kann diesen Leuten geholfen werden. Sie können weiterhin frei und unabhängig bleiben, ohne dass sie in die Sozialindustrie gedrängt werden. Ich erachte die Arbeit des Gesundheitsinspektorats als sehr wichtig und gut. Die Stadt hat nicht gespart, wenn diese 50%-Stelle gestrichen wird. Antrag 66 betrifft den Fahrdienst des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK), der gemeinsam mit den Berner Samaritern betrieben wird. Die Anforderungen der Leute werden immer grösser, es herrscht der Anspruch, dass der Fahrdienst innerhalb weniger Minuten nach der Bestellung bereitsteht. Das funktioniert so nicht. Das Bedürfnis ist aber vorhanden. Vielfach handelt es sich um Personen, die sich kein Taxi leisten können und auf freiwillige Fahrer angewiesen sind. Es gibt viele Schikanen für die Fahrer, beispielsweise, wenn sie in die Augenklinik fahren müssen, wo keine Parkmöglichkeiten vorhanden sind. Diese Fahrer riskieren eine Busse, wenn sie die sehbehinderten Personen in der Klinik abholen und ihr Auto für zehn Minuten stehen lassen. Den Leistungsvertrag mit dem SRK-Fahrdienst muss die Stadt aufrechterhalten. Es heisst, dass der Fahrdienst standardisiert werden würde, was meines Erachtens einem Abbau gleichkommt. Deshalb bitte ich um Unterstützung, damit auf die Streichung des Leistungsvertrags verzichtet wird. Zum Thema APHK gibt es nichts weiteres zu sagen, nur so viel: Wenn man sich auf diese Weise für das APHK einsetzt, liebe Zora Schneider, müsste man konsequenterweise Anträgen wie

dem unsrigen aus der Grundsatzdebatte zustimmen, damit niemand Spekulationsgewinne machen kann.

Alexander Feuz (SVP) zu den restlichen Anträgen der Fraktion SVP: Zu den Anträgen 70 und 71: Die Öffnungszeiten der städtischen Freibäder sollen bei gutem Wetter am Abend in angemessener Weise verlängert werden. Des Weiteren wollen wir, dass die Öffnungszeiten der Ka-We-De bis Ende September verlängert werden. Dies entspricht einem grossen Bedürfnis. Es ist unverständlich, dass an schönen, spätsommerlichen Tagen das Bad bereits um 19:00 Uhr schliesst. Gleichzeitig wird gefordert, dass mehr Sport getrieben und allgemein mehr für die Gesundheit getan werden sollte.

Zu den Anträgen 64 und 65: In der ganzen Stadt sollten bei kostenpflichtigen Sportangeboten wiederum Abendeintritte mit einer Kostenreduktion von mindestens 40% eingeführt werden. Ebenso in den Museen sollten abends Eintritte zu reduzierten Tarifen angeboten werden. Die Aufhebung dieser Reduktion führt kausal zu einer Reduktion der Eintritte. Wenn dieses Mittel der reduzierten Abendeintritte richtig eingesetzt werden würde, könnten auf diese Weise sogar Mehreinnahmen generiert werden. Es wird nicht viele Leute geben, die um 18:30 Uhr mit dem Kind ins Freibad gehen und für eine halbe Stunde noch die gesamten sechs Franken Eintritt bezahlen. Das ist Abzockerei. Gleichzeitig werden für die Abklärung zur Verlegung der Drogenanlaufstelle 45'000 Franken verschwendet. Der Regierungsrat gibt mir insofern recht, dass den Drogensüchtigen nicht verboten werden kann, über die Spitalgasse zur Drogenanlaufstelle über den Bären- und Waisenhausplatz zu gehen. Diese Erkenntnis hätte ich dem Stadtpräsidenten – wie in der vorherigen Sitzung erwähnt – für 200 Franken oder bei einem Bier problemlos mitteilen können. Den Antrag 51 haben wir gemeinsam mit Sibyl Eigenmann (Mitte) eingereicht: Auf die geplante, definitive Schliessung des Hallenbads Hirschengraben soll verzichtet werden. Das Hallenbad hat eine wichtige Funktion. Speziell für Leute, die in der Stadt arbeiten, stellt es eine gute Möglichkeit dar, um Sport zu treiben. Allenfalls sollte geprüft werden, ob die Weiterführung durch Private eine Option darstellt. Ich **beantrage**, die Planungserklärung zu ergänzen: «Eine Weiterführung durch Dritte ist als Option zu prüfen». Leider ist dies in die falsche Spalte gerutscht – nämlich in die Begründung.

Zum Antrag 62 zur Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen: Diese Fachstelle kann aufgehoben werden, da es bereits verschiedene Fachstellen auf Kantons- sowie Bundesebene gibt. Wir haben mit Antrag 63 einen Eventualantrag eingeführt, dass bei der Fachstelle 40'000 Franken eingespart werden. Antrag 68 ist ein weiterer wichtiger Antrag. Wir wollen zusätzliche Abendeintritte in der Ka-We-De einführen. Das Budget ist um 2000 Franken zu senken. Wir gehen davon aus, dass durch diesen Schritt im Endeffekt mehr Eintritte generiert werden können. Ich habe im Rahmen einer Kleinen Anfrage gefragt, welche Auswirkungen die Reduktion der Abendeintritte hat. Die Frage konnte vom Gemeinderat nicht beantwortet werden. Entsprechend ziehe ich meine Schlüsse daraus.

Bettina Jans-Troxler (EVP) zu den Anträgen der Fraktion GFL/EVP: Wer stand bereits einmal mit knurrendem Magen um 18:45 Uhr in der Schlange vor der Buvette im Lorrainebad und wurde weggeschickt, da das Bad leider um 19:00 Uhr schliesst? Sie haben es erraten: Es geht um unseren Antrag 69 zum Lorrainebad. Mit dem Schlagwort Privatisierung wurde Stimmung und Angst gemacht und es wurden zahlreiche Unterschriften gesammelt. Allerdings spricht der Gemeinderat in FIT II von einer Verpachtung und nicht von einer Privatisierung. Genauer ist darüber hinaus noch nicht geplant. Bereits heute ist das Restaurant im Lorrainebad verpachtet. Die innovativen Pächter tragen einen Grossteil zur Attraktivität des Kultbades bei. Allerdings – wenn der Bademeister das Bad um 19:00 Uhr schliesst – müssen die Pächter ihre Kunden, die an schönen Sommerabenden vor der Buvette Schlange stehen, mit knurrendem Magen abweisen. Es würde die Attraktivität des Bades erhöhen, wenn die Päch-

ter bei den Öffnungszeiten freie Hand hätten und nicht an die Anwesenheit eines Bademeisters gebunden wären. Er wird von der Stadt bezahlt, um einige wenige, die sich zu den Fischen ins Becken wagen, vor dem Ertrinken zu bewahren. Dieser Badmeisterjob gehört vermutlich zu den langweiligsten seiner Art, ausser man schaut gerne den Leuten zu, die nicht baden. Das Lorrainebad würde sich bestens dafür eignen, kleinere kulturelle Veranstaltungen durchzuführen. Aufgrund des offenen Beckens müsste aber zwingend ein Bademeister anwesend sein. Deshalb unser Antrag, der eine Verpachtung unter klaren Bedingungen ermöglichen soll. Es soll kein Eintritt verlangt werden und der freie Zugang zur Liegewiese sowie zum Kinderbadebereich – der mit der Sanierung aufgewertet werden soll – müssen bestehen bleiben. Weiter sollen die Öffnungszeiten flexibilisiert und somit auch kulturelle Anlässe ermöglicht werden. Bei Events soll die Badeinfrastruktur – wie beispielsweise die Garderoben, WC-Anlagen und Liegewiesen – möglichst frei zugänglich bleiben. Schlussendlich sollen die Ausschreibung und die Pachtbedingungen so ausgestaltet werden, dass als Pächter auch ein gemeinnütziger Verein in Frage käme – zum Beispiel der Verein «Läbigi Lorraine». Unter diesen Bedingungen ist die Verpachtung kein Schreckensgespenst mehr, wie es im Rahmen der Unterschriftensammlung an die Wand gemalt wurde, sondern eine Chance für das geliebte Lorrainebad, zu einer Freizeitanlage aufgewertet zu werden, anstelle einer Badeanlage, die kaum als solche genutzt wird.

Antragstellerin *Bettina Stüssi* (SP) zu Antrag 38: Ich spreche nur in meinem Namen, nicht für die Fraktion SP/JUSO. Es geht um die Anträge 38 und 25: Die Zusammenlegung der Standorte des SZMDs im Budget als Sparmassnahme zu deklarieren, ist eine Sache. Aber dass wir dieses wichtige Thema einer Standort- und Filialschliessung im Rahmen einer Budgetdebatte diskutieren müssen, geschieht weder zum richtigen Zeitpunkt, noch am richtigen Ort. Bei einem solchen Umbau des SZMD könnte vorgängig wenigstens die Kommission informiert werden, damit alternative Möglichkeiten geprüft werden könnten. Dieses Vorgehen stellt eine Umgehung des demokratiepolitischen Weges dar und der Grundsatz der «Stadt der Beteiligungen» wird ausser Acht gelassen. Handelt es sich hier um eine Schnellschuss-Sparmassnahme, notabene auf dem Buckel der sozial Schwächsten, die im Budget einen guten Eindruck machen soll? Ich bezweifle, dass die Standortschliessung, beziehungsweise die sogenannte Zusammenlegung betriebswirtschaftlich seriös überprüft wurde. Die Schliessung eines Standortes bedeutet einen Abbau von Sozialleistungen. Ein Service public, der sich nicht an den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der Bevölkerungen orientiert, ist nicht effektiv, sondern ineffizient. Es ist nicht ersichtlich, warum ausgerechnet der Standort im Stadtteil mit der am schnellsten wachsenden Schüler*innenzahl geschlossen wird. Liebe Stadträtinnen und Stadträte, lassen Sie sich nicht täuschen. Dieser Leistungsabbau in der Zahnbehandlung lässt sich nicht durch schöne Worte wie «Standortzusammenlegung» oder «Nutzung von Synergien» schönreden. Weniger Behandlungsstühle und mehr Menschen – Schulkinder und Erwachsene – die jedes Jahr auf die Behandlungen zu einem günstigen Tarif angewiesen sind: Diese Rechnung geht nicht auf. Wie die Antragstellerinnen im Antrag 25 begründen, sollte gerade in Zeiten wie diesen die Leistungen der SZMDs aus- und nicht abgebaut werden. **Ich ziehe Antrag 38 zugunsten des Antrags 25 zurück.**

Bitte überlegen Sie sich gut, ob die Stadt Bern tatsächlich die Standortschliessung und damit den Leistungsabbau zu Ungunsten der Schwächsten verantworten soll. Ich bitte um Unterstützung des Antrags 25. Geben Sie allen Kindern die Möglichkeit, gesund und mit gesunden Zähnen in die Schule starten zu können. Es soll kein Kind auf einer endlosen Warteliste stehen und leiden. Danke für Ihre Unterstützung.

Marianne Schild (GLP) zu Antrag 29 der Fraktion GLP/JGLP: Wir haben den Antrag 29 eingereicht, in dem es um die Kornhausbibliotheken geht. Der Gemeinderat schlägt vor,

50°000°Franken bei den Kornhausbibliotheken einzusparen. Es gibt diverse Anträge, die dies rückgängig machen wollen. Wir sind allerdings der Meinung, dass bei den Kornhausbibliotheken durchaus gespart werden kann und bitten Sie, genau hinzuschauen. Es existieren zwei unterschiedliche Leistungsverträge mit den Kornhausbibliotheken. Einerseits gibt es den tripartiten Leistungsvertrag, in welchem es um das Haupthaus geht und andererseits die Leistungsverträge mit den Quartierbibliotheken. Der Gemeinderat schlägt vor, beim tripartiten Leistungsvertrag zu sparen. Wir sind anderer Meinung. Es soll bei den anderen Leistungsverträgen gespart werden, da dies weniger schmerzhaft ist. Wir haben in Berns Westen drei Quartierbibliotheken und zwei davon befinden sich in unmittelbarer Nähe zueinander. Eine davon hat zudem sehr kurze Öffnungszeiten. Wenn dieser Standort geschlossen wird, ist der Westen von Bern weiterhin gut bedient und es können relativ schmerzfrei 50°000°Franken eingespart werden. Wenn dieser Betrag auf dem tripartiten Leistungsvertrag gespart wird, könnte es eine Tendenz geben, so dass andere Geldgeber ihre Kredite ebenfalls hinuntersetzen. Zudem ist das Haupthaus wichtig, da es als strategischer Treiber für die Bibliotheken-Landschaft in unserer Region fungiert. Hier sollte nicht gespart werden. Schauen Sie gut hin. Wir freuen uns über Ihre Unterstützung des Antrags 29.

Manuel C. Widmer (GFL) zu Antrag 72: Es tut mir sehr leid, dass dieser Antrag erst heute Nachmittag eingereicht worden ist. Leider haben wir erst vor zwei Tagen erfahren, dass es die Swisscom SnowDays für die 3. und 6. Klassen in der Stadt Bern nicht mehr geben wird. Das hätten wir bereits letztes Jahr in Erfahrung bringen können, aber aufgrund der Corona-Pandemie wurde der gesamte Anlass abgesagt. Somit konnten wir nicht bereits damals herausfinden, dass man sich gar nicht hätte anmelden können, auch ohne Pandemie. Bei den Swisscom SnowDays handelt es sich um einen Anlass für 3. bis 6. Klassen in der Stadt Bern, der es allen Kindern einer Klasse ermöglicht hat, für einen Tag Ski oder Snowboard fahren zu gehen, dies entweder im Selital oder aber in Grindelwald. Das wurde von Swiss-Ski grosszügig finanziert. Die Stadt Bern hat den Anlass mit 42°000°Franken unterstützt. Dieser Betrag wurde hauptsächlich für den Transport der Kinder in die Skigebiete verwendet. Dort konnten die Kinder für fünf Franken Skiausrüstungen mieten, hatten Skilehrerinnen und Skilehrer für Anfänger bis Fortgeschrittene, mit denen sie einen Tag lang üben konnten. Ein sensationeller Anlass, insbesondere für die Kinder aus dem Westen von Bern, um einen Tag in der Natur zu verbringen, etwas Neues kennenzulernen, etwas zu erleben und den Kindern den Schneesport schmackhaft zu machen. Schneesport ist in der Stadt Bern kein grosses Thema mehr, da sich die Stadt aufgrund der leeren Kassen keine oder nur noch wenige Skilager leisten kann. Das war früher anders. Es gibt ein Postulat aus dem Jahr 2014, das verlangt, Skisportlager wieder für obligatorisch zu erklären. Ich habe frei aus der Antwort des Gemeinderats zitiert, nachdem ich diese kurz durchgegangen bin. Der Gemeinderat ist auch der Meinung, dass der Schneesport für die Kinder in der Stadt Bern wichtig ist, vor allem aufgrund unserer Nähe zu den Skigebieten. Ich bitte darum, die 42°000°Franken wieder ins Budget aufzunehmen. Sie ermöglichen damit 1600°Kindern an den Swisscom SnowDays teilnehmen zu können. Das wäre eine Sensation.

Sibyl Martha Eigenmann (Mitte) zu Antrag 51: Ich spreche als Einzelantragstellende zum Antrag 51, werde aber auch zu Antrag 50 noch etwas sagen, da diese beiden Anträge zusammenhängen. Bei beiden Anträgen geht es um Bäder, einerseits um das Hallenbad Hirschengraben und andererseits um die Öffnungszeiten des Freibads Marzili. Man könnte meinen, dass ich eine Schwimmfanatikerin bin, was ich nicht bin. Es geht einzig darum, dass die Anträge zusammenhängend sind. Deshalb habe ich auch als Einzelperson den SVP Antrag 51 unterstützt. Der Antrag zur Schliessung des Hallenbads Hirschengraben hat einen direkten Einfluss auf die Öffnungszeiten des Freibads Marzili: Wenn 2023 das Hallenbad Hirschengra-

ben geschlossen wird und die Öffnungszeiten des Marzilibades erst ab 09:00 Uhr angesetzt werden, gibt es keine Möglichkeit mehr, in den Sommermonaten in der Innenstadt vor 09:00 Uhr morgens schwimmen zu gehen. Es ist mir bewusst, dass das neue Hallenbad im Neufeld eröffnet werden wird, dieses befindet sich aber in der Länggasse und ich weiss nicht, ob die Leute bereit sein werden, den Weg auf sich zu nehmen. Als Bewohnerin des Marziliquartiers fällt mir auf, dass die frühen Öffnungszeiten ab 07:00 Uhr morgens von Juni bis August sehr beliebt sind. Vor allem für berufstätige Leute, die in der Innenstadt arbeiten, ist es vorteilhaft, bereits ab 07:00 Uhr morgens draussen schwimmen gehen zu können. Draussen schwimmen ist bekanntlich noch schöner als drinnen. Das Hallenbad Hirschengraben ist bereits um 06:00 Uhr morgens offen. Das soll nun im Rahmen der Sparmassnahmen abgeschafft werden. Ich finde dieses Vorgehen nicht gut, vor allem für die Berufstätigen, denen die Möglichkeit genommen wird, vor der Arbeit schwimmen gehen zu können. Andererseits ist es auch für die Schulklassen nicht ideal, da es durchaus Schulklassen gibt, die in den ersten beiden Lektionen Sportunterricht haben. Oft ist es so, dass bereits ab 08:00 Uhr morgens im Marzili Schulklassen eintreffen, die ihre Runden im Becken drehen. Ich hoffe, dass die beiden Anträge unterstützt werden, damit auch am frühen Morgen Schwimmsport betrieben werden kann, sei es von Berufstätigen oder von Schülerinnen und Schülern.

Fraktionserklärungen

Tom Berger für die Fraktion FDP/JF: Eine generelle Bemerkung vorab: Es ist bemühend, wenn ständig das Wort Entlastungspaket – von der Regierung so gewählt – mit einem Sparpaket gleichgesetzt wird. Uns liegt hier nicht ein 32°Mio. Franken Sparpaket vor. Es wird suggeriert, dass ein Abbau stattfindet, und es werden vehemente Voten gehalten, die von Sozialabbau sprechen. Zur Erinnerung: Es handelt sich um ein 32°Mio. Franken schweres Entlastungspaket, unter anderem finanziert über neue Steuern, Gebühren und Abgaben. Unter dem Strich spart die Stadt keinen Rappen mit diesem Budget. Im Gegenteil: Wir geben weiterhin viel Geld aus.

Bildung und Soziales sind zwei politische Bereiche, in denen es zugegebenermassen eine grosse Herausforderung ist, das Kostenwachstum der letzten Jahre abzubremesen. Wer will sich den Vorwurf gefallen lassen, gerade in diesen Bereichen Geld einzusparen. «Auf dem Buckel der Ärmsten kürzen» und «den Service public an die Wand fahren», so lauten die Vorwürfe. Und trotzdem ist es eine Tatsache, dass in den Bereichen Bildung und Soziales mit dem vorliegenden Budget auch nächstes Jahr wiederum mehr Geld ausgegeben wird.

Es gibt im Bereich Bildung und Soziales Sparmassnahmen – das ist unserer Fraktion sehr wichtig zu betonen –, die die Kosten kurzfristig senken, langfristig aber zu höheren Ausgaben führen können. Das Paradebeispiel dafür ist die Schulsozialarbeit, bei der das Parlament – mit Zustimmung der Fraktion FDP/JF – einen Ausbau beschlossen hat. Vom Gemeinderat wurde dieser Beschluss nur teilweise umgesetzt. Präventive Angebote wie die Schulsozialarbeit können frühzeitig Problemherde eruieren und Probleme präventiv angehen. Sie sorgen dafür, dass junge Erwachsenen in einer sehr wichtigen und prägenden Phase der persönlichen Entwicklung Unterstützung erfahren. Es kann verhindert werden, dass wir mittel- und langfristig überfüllte Jugendpsychiatrien haben, die wiederum von der öffentlichen Hand über Steuergelder finanziert werden müssen.

Es gibt vom Gemeinderat vorgelegte Sparvorschläge, bei denen unsere Fraktion der Überzeugung ist, dass diese mittel- oder langfristig zu höheren Kosten für den Staat und die Gesellschaft führen werden. Entsprechend werden wir im Bereich der Schulsozialarbeit, des Gesundheitsinspektorats und in der beruflichen und sozialen Integration die Anträge unterstützen, die diese Einsparungen rückgängig machen wollen. Aber: So wichtig Bildung und Soziales auch sind, der Zweck heiligt nicht alle Mittel. Der Staat und dessen Verwaltung darf nicht

als alleiniger Heilsbringer betrachtet werden. Höhere Ausgaben und zusätzliche Stellen in der Verwaltung führen nicht automatisch zu einer sozialeren und gerechteren Gesellschaft. Auch in den Bereichen Bildung und Soziales ist es unabdingbar, die vorhandenen, limitierten Ressourcen effektiv und effizient einzusetzen. Es muss sichergestellt werden, dass das Geld tatsächlich für sozialpolitische Massnahmen eingesetzt wird und den Personen zugutekommt, die es wirklich brauchen. Das ist nicht zwingend der Fall, wenn die Verwaltung mit Steuergeldern etwas umsetzt. Es ist bezeichnend, wie die Diskussionen im Rat ablaufen. Aus verschiedenen Antragsbegründungen war herauszuhören, dass, sobald irgendwo Reizworte wie Optimierung oder Effizienzsteigerung fallen, Abwehrreflexe zum Zuge kommen. Es wird behauptet, dass dies auf dem Buckel des Personals oder der hilfsbedürftigen Menschen, die unterstützt werden sollen, ausgetragen werden müsse, sei zwingend. Ich mache Ihnen ein simples Beispiel: Wenn Verbrauchsmaterial eingekauft werden soll und festgestellt wird, dass die Einkäufe besser organisiert und dadurch tiefere Preise im Einkauf erreicht werden können, bedeutet dies eine Optimierung. Mit einer solchen Optimierung wird niemandem geschadet. Sie bedeutet keinen Stress für das Personal und es wird auch keine Leistung für sozial schwächere Menschen abgebaut. Im Gegenteil! Indem eine Verwaltung effizient und effektiv arbeitet, ihre Abläufe optimiert und Synergiepotenzial nutzt, schafft sie es, die zur Verfügung stehenden Ressourcen effektiv für sozialpolitische Massnahmen einzusetzen und nicht in administrativen Leerläufen verschwinden zu lassen. Seit Jahren geht es in der Stadt Bern aber nur in eine Richtung: Mehr Staat, mehr Verwaltung, höhere Ausgaben. Wenn Bund und Kanton eine Aufgabe nicht so erfüllen, wie es der stadteigenen Ideologie entspricht, ist klar, dass die Stadt Bern selber in die Bresche springen und ein neues Angebot schaffen oder ein neues Pilotprojekt lancieren muss. Bei jedem Pilotprojekt, das gestartet wurde, war bereits zu Beginn klar, dass es erfolgreich sein und alle Ziele übertreffen wird. Bei der definitiven Einführung benötigen diese Projekte regelmässig mehr Mittel, ein paar Stellen mehr und am liebsten noch ein neues «Sonderkässeli». Eine städtische Sensibilisierungskampagne folgt der nächsten. Wir fahren doppel- oder mehrgleisig und gehen auf Konfrontationskurs mit Bund und Kanton. Wir als Stadt Bern wollen zeigen, dass wir das – vermeintlich – sozialere Gemeinwesen sind, indem wir immer mehr Verwaltung und immer grösser werdende Ausgaben haben. Man treibt mit der eigenen Politik die Lebenshaltungskosten in der Stadt Bern laufend in die Höhe. Dieses selbstverursachte Problem wird gelöst, indem mit noch mehr Staat darauf reagiert wird.

Wir Freisinnigen setzen uns für eine solidarische Gesellschaft ein, die niemanden vergisst. Ja, es gibt Bereiche, in welchen wir die Chancengerechtigkeit weiter verbessern müssen. Hierfür braucht es ein gut austariertes System, eine gute Balance aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, freiwilligem Engagement und staatlicher Unterstützung. Es braucht ein Miteinander eines Gegeneinanders von Stadt, Kanton und Bund. Überspitzt gesagt, können die FIT-Massnahmen der BSS so gelesen werden, dass die Beiträge an zivilgesellschaftliche Organisationen gekürzt oder gestrichen werden sollen, die eigene Verwaltung aber grossmehrheitlich unbeschadet bleiben soll. Oder es werden Massnahmen dort ergriffen, wo bereits davon ausgegangen wird, dass sie vom Parlament korrigiert werden.

Zu den Anträgen: Der Zweck heiligt nicht alle Mittel. Das sieht man Antrag 26 an. Die Verwaltung kann uns noch so überzeugend darlegen, dass es diesen Leerbestand nicht braucht, um diesen Personen tatsächlich helfen zu können. Mit rationalen Argumenten ist kein Durchdringen möglich. Die Antragstellenden wollen, dass die Stadt die Wohnungen auf Reserve hält. Da es sich um einen sozialen Zweck handelt, kann man sich diese Ineffizienz ja leisten. Noch niemals konnte in den letzten Jahren eine Person nicht untergebracht werden, wenn es nötig war. Aber in einer Stadt mit latenter Wohnungsnot ist es nicht sinnvoll, Notwohnungen im Leerbestand zu erhalten.

Zu den Anträgen den SZMD betreffend: Bei einem Votum musste ich einmal leer Schlucken. Die SBK erhielt im Mai 2017 einen ausführlichen Bericht über die Zukunft des SZMDs. In diesem Bericht, der den SBK-Mitgliedern vorlag, ist die Zusammenführung der beiden bisherigen Standorte explizit als Massnahme⁷ aufgeführt. Ich hätte es verpasst, falls damals gegen diese Massnahme opponiert worden wäre. Auch eine wichtige Institution wie der SZMD muss seine Leistungen effizient und effektiv erbringen.

Zum Hallenbad Hirschengraben: Ob Sie vom Bahnhof zu Fuss in fünf Minuten ins Marzilibad zum Schwimmen gehen oder aber fünf Minuten mit dem Bus in die Länggasse fahren, sollte keinen Unterschied machen. Unser Herz sagt grundsätzlich Ja zu diesem Hallenbad. Es ist ein Liebhaber-Objekt und ein wunderschönes Bad. Der Verstand aber sagt deutlich Nein. Damit dieses Bad weitergeführt werden kann, sind immense Investitionen notwendig, bei einer vergleichsweise kleinen Wasserfläche.

Ein letzter Punkt: Beim Sportamt soll wieder eine Erhöhung der Gebühren auf Kosten der Sportvereine durchgesetzt werden – eine sogenannte Sparmassnahme, liebe Medienschaffende. Vereine sollen höhere Gebühren zahlen, so spart unsere Verwaltung Geld. Den Sportvereinen wurden letztes Jahr die Unterstützungsgelder der Stadt ersatzlos gestrichen. Letztes Jahr wurden mit FIT I bereits die Gebühren für die Nutzung der Anlagen erhöht. Nun sollen erneut bei den Sportvereinen die Gebühren erhöht werden. Aus unserer Sicht ist dies genau das falsche Vorgehen. Sportvereine stellen eine enorm wichtige Stütze unserer Gesellschaft dar, die sehr viel sozialpolitisches Engagement auf der Basis von Freiwilligenarbeit erbringen. Es wäre fatal, wenn wir als Stadt solches Engagement erschweren, indem wir laufend die Kosten erhöhen. Ich bitte Sie inständig, den Antrag²¹ anzunehmen.

Claudio Righetti (Mitte) für die Fraktion Mitte: Zu Beginn meines Votums einige persönliche Gedanken: Mit Blick zurück auf den ersten Teil der Budgetdebatte vor 14⁰Tagen, möchte ich folgendes in Erinnerung rufen: Marktwirtschaftliche Gesetze unterscheiden sich nicht wesentlich von Gesetzen der Physik. Man kann sich beiden nicht entziehen. Wir wären gut beraten, die grundlegenden Erkenntnisse mit in die Waagschale zu legen, wenn wir Entscheidungen zum Budget fällen und nicht der Versuchung zu unterliegen, diese Fakten öfters auszublenden oder gar zu ignorieren. Gleichzeitig stelle ich fest, dass durch Sparen ohne eine klare Vision, und damit meine ich die Schaffung von langfristigen Perspektiven mit Blick auf das Wohl unserer Wirtschaft, die Krise nicht überwunden werden kann und unsere Probleme nicht kleiner werden. Unser Wohlstand, unsere Möglichkeiten, unsere Lebensqualität – und am wichtigsten – unsere Entscheidungsfreiheit und Unabhängigkeit hängen direkt mit unserer finanziellen Sicherheit und Stabilität zusammen. Bitte lassen Sie dies nie ausser Acht! In dieser Hinsicht ist für Bern Wachstum dringend nötig. Damit stelle ich nichts Neues fest, muss dies aber einmal mehr festhalten, da wir an diesem Punkt seit Jahren feststecken. Offensichtlich haben wir uns damit arrangiert und drehen uns im Kreis. Warum? Wachstum ist ohne grössere Attraktivität und Leuchtkraft der Stadt Bern nicht möglich. In die richtige Richtung können wir uns erst dann bewegen, wenn wir verstanden haben, dass sich Bern in einem ständigen Wettbewerb mit anderen Städten und Regionen in der Schweiz befindet. Wir müssen das Ziel verfolgen, diesen Wettbewerb zu gewinnen. Ohne dieses Verständnis und den Willen, den Aussenblick in unsere Pläne und Entscheidungen einzubeziehen, werden wir es sehr schwer haben, die Weiterentwicklung der Stadt zu ermöglichen, ihr mehr Kraft zu verleihen und gesamthaft in eine gesicherte Zukunft blicken zu können. Fakt ist, dass die akute Finanzlage keine Lippenbekenntnisse mehr zulässt. Wer die Situation ignoriert und die eigenen Interessen über die der Gesamtgesellschaft stellt, wird eines Tages die Verantwortung gegenüber der Berner Bevölkerung tragen müssen.

Unsere Entscheidungen im Stadtrat stellen Weichen und die eingeschlagenen Wege führen oft um einiges weiter, als wir es uns unmittelbar bewusst sind. Dies sollte uns zu denken geben.

Auf die Gefahr hin, polemisch zu klingen: Im Namen unserer Fraktion möchte ich festhalten, dass uns bei den Anträgen zur Direktion BSS ein fragwürdiges politisches Muster auffällt. Sparvorschläge werden ohne eigene Überzeugung und eigenen Rückhalt in den Stadtrat getragen, im Wissen, dass ohnehin die allermeisten Sparvorschläge von der rot-grünen Mehrheit systematisch zunichte gemacht werden. Man macht es sich zu einfach und zieht sich, alles andere als elegant, aus der Verantwortung. Mit den Worten von Pilatus: «Ich wasche meine Hände in Unschuld». Die direkten Auswirkungen auf die Berner Finanzlage zeichnen sich jedes Jahr katastrophaler ab. Schauen Sie genau hin, liebe Kolleginnen und Kollegen: Sie werden erkennen, dass der Kulminierungspunkt bald erreicht ist und der Point of no Return direkt vor uns liegt. Hier und jetzt kann noch Gegensteuer gegeben werden und die Mehrheit im Stadtrat kann ein Zeichen der Kollegialität und Weisheit setzen, gegenüber anderen Gremien im Stadtrat, die die Sparziele mit ihren Fraktionen unterstützen und solidarisch mittragen. Nur mit gemeinsamer Übernahme der Verantwortung setzt der Stadtrat auch nach aussen ein weitsichtiges Zeichen. Auf diese Weise verhalten wir uns ganz im Sinne von Franziska Teuschers Statement zum Wahlsieg: Gemeinsam eine Hauptstadt der Vielfalt, Offenheit und Weitblick schaffen.

Wir sind gespannt auf die Entscheidungen. Wenn es weiterhin bei «The same procedure as every year!» bleibt, müssen wir uns bewusst sein, dass wir die prekären Finanzen und damit unsere Unabhängigkeit in Bern aufs Spiel setzen und weiter untergraben. Mit einem drohenden finanziellen Desaster zu spekulieren, kann nicht in unserem Interesse liegen.

Zu den Anträgen verhalten wir uns entsprechend den vorherigen Aussagen. Abschliessend ein Zitat von William Shakespeare: «Worte zahlen keine Schulden».

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Der Gemeinderat hat beschlossen, dass die BSS prozentual viel weniger zum Entlastungspaket beitragen soll, als die übrigen Direktionen. Wir begrüssen diesen Entscheid. Trotzdem ist sie diejenige Direktion, zu welcher die meisten Anträge vorliegen. Das zeigt auf, dass es immer schmerzhaft ist, im Sozialen Sparmassnahmen ergreifen zu müssen. Allerdings muss es auch im Bereich der Sozialausgaben möglich sein, das Handeln der Stadt zu überdenken und zu optimieren. Den meisten Sparmassnahmen, die vom Gemeinderat ins FIT II aufgenommen wurden, liegen nachvollziehbare Begründungen zugrunde. Das Geld aus den Steuereinnahmen – auch das für die sozial Schwächsten – soll effizient eingesetzt werden, damit es nicht in Massnahmen versandet, die die gewünschten Adressaten nicht zu erreichen vermögen.

Wir unterstützen das Entlastungspaket des Gemeinderats im Grossen und Ganzen, mit einigen wenigen Ausnahmen. Eine solche Ausnahme stellen zum Beispiel die Einsparungen bei den Kornhausbibliotheken dar. Wir wollen verhindern, dass bei den tripartiten Leistungsverträgen ein «Sparfestival» ausgelöst wird. Weiter ist uns die Anpassung der Schulsozialarbeit an die gestiegene Zahl der Schülerinnen und Schüler ein Anliegen. Wir haben dies bereits in der Vergangenheit gefordert. Deshalb werden wir den entsprechenden Anträgen zu IAFP und PGB zustimmen. Auch die Schuldenberatung ist uns ein wichtiges Anliegen. Auch die Qualität der Betreuung der Kinder in den Tagesschulen liegt uns am Herzen, wir sind deshalb gegen die Senkung des Anteils an pädagogisch ausgebildetem Personal. Beim Gesundheitsinspektorat wurde, im Zuge der Pensionierung einer der beiden Stelleninhaberinnen mit 50%-Pensum, die halbe Stelle kurzerhand gestrichen. Uns erscheint dies längerfristig und ganzheitlich betrachtet als nicht sinnvoll. Durch die Tätigkeit der Gesundheitsinspektorinnen konnten prekäre Situationen verhindert werden, die unserem Gemeinwesen schlussendlich höhere Kosten verursachen würden, deshalb nehmen wir den Antrag 20 an.

Zum Lorrainebad: Wir können uns Besseres vorstellen, als die bereits heute attraktive Freizeitanlage: Wenn sich das Lorrainebad aus dem engen Korsett einer städtischen Badeanstalt lösen und mehr Freiheiten für einen Pächter bieten könnte. Dafür haben wir den Antrag 69 eingereicht, mit unseren Bedingungen für eine Verpachtung. Wir lehnen die anderen Anträge zum Lorrainebad ab. Gegen eine günstige Sanierung haben wir keine Einwände, dies stellt aber eine Herausforderung dar. Das Kernstück der Sanierung ist der marode Damm zwischen Aare und Becken, dessen Sanierung eine komplexe Sache ist.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Ich spreche für unseren SBK-Vertreter Ueli Jaisli. Wir diskutieren über Detailpositionen, wie beispielsweise über den Zirkus Wunderplunder. Es müssen Einschränkungen bei beliebten Angeboten vorgenommen werden. Das ist die Konsequenz davon, dass die Stadt sinnlose Massnahmen durchgeführt und viel Geld verschwendet hat. Wenn mit einer solchen Mentalität gehandelt wird, muss man sich nicht wundern, dass die Budgetdebatte zu einem solchen Theater verkommt. Es ist das gleiche Vorgehen wie jedes Jahr: Der Gemeinderat spart an verschiedenen Punkten, spricht sich anschliessend mit den eigenen Fraktionen ab, die entsprechende Anträge eingeben, um die Kürzungsanträge schlussendlich wieder aufzuheben, wenn es die eigene Klientel zu fest betrifft.

Leider ist der Stadtpräsident nicht anwesend, sondern nur der Finanzdirektor. Wir können es nicht oft genug wiederholen, dass in guten Jahren, mit hohen Einnahmen, unsere Anträge auf Steuersenkung leider nicht erhört wurden, stattdessen hat die Stadt das Geld mit beiden Händen ausgegeben. Beispielsweise wurden die Subventionen für das Theaterfestival Aua-wirleben verdoppelt. Wenn eine Stadt so agiert, geht die Rechnung auf keinen Fall auf.

Zu den einzelnen Anträgen: Die Liste ist unbrauchbar, dies möchte ich nochmals festgehalten wissen. Die Anträge sind für mich ein Zeichen, dass im Kleinen gespart wird. Bei den grossen Posten wird weiterhin Geld verschwendet. Ein Beispiel sind die Abendeintritte bei der Ka We De, die ungefähr 2000°Franken ausmachen. Dort wird gespart. In andere Projekte, wie beispielsweise das Kirchenfeldschulhaus, werden 46°Mio. Franken gesteckt, obwohl 25°Mio. Franken ausreichend wären. Es gibt andere Möglichkeiten wie Modulbauten. Sie werden dies noch zu hören und sehen bekommen.

Grundsätzlich lehnen wir die allermeisten Anträge ab, die die Kürzungen rückgängig machen wollen. Einige Anträge unterstützen wir, beispielsweise den Antrag 11 zum Zirkus Wunderplunder werden einige Fraktionsmitglieder annehmen. Auch dem Antrag 24 zum APHK werden einige von uns zustimmen. Wenn grosszügige Investitionen in Millionenhöhe getätigt werden – es wurden neue Fenster bestellt – obwohl die Liegenschaft kurze Zeit später für einen kleinen Betrag verkauft werden soll, ist es ratsam, sich nochmals zu überlegen, ob die Weiterführung des APHKs nicht doch besser wäre. Das sind unsachgemäss getätigte Investitionen, die nach einer erneuten Prüfung verlangen. Ein Verkauf zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht ratsam. Die entsprechenden Fragen wurden von unserer Fraktion gestellt.

Auch den Antrag 29 betreffend die Kornhausbibliotheken werden wir unterstützen. Ich beschränke mich auf einige wesentliche Anträge.

Für den Antrag 66 – durch Thomas Fuchs begründet – möchte ich nochmals, vor allem die linke Seite um Zustimmung bitten. Die Fahrdienste des SRK sollen weiterhin unterstützt werden, es handelt sich um eine wichtige Sache.

Auch den Antrag 67, das Gesundheitsinspektorat betreffend, empfehle ich zur Annahme. In diesem Zusammenhang geht mein Dank an Sibyl Eigenmann, die uns beim Antrag 51 unterstützt hat. Diese Anpassung stellt einen grossen Mehrwert dar, besonders die Prüfung der Weiterführung durch Dritte als Option. Zu Antrag 69: Diesen lehnen wir ab. Das Lorrainebad soll genutzt werden und weiterhin der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Ich persönlich kenne das Lorrainebad nicht sehr gut, bin aber trotzdem sehr erstaunt über das Vorgehen der Stadt, ein städtisches Bad zu schliessen, zu verkaufen und/oder gar als Kulturzentrum umzu-

nutzen. Auch beim Hallenbad Hirschengraben bin ich gegen eine Zwischennutzung, es soll weiterhin als Bad genutzt werden.

Antrag 60 unterstützen wir vollumfänglich. Genau so wird gespart! Es gibt andere Örtlichkeiten in der Nähe – wie beispielsweise das Freie Gymnasium Bern – die über eine Aula verfügen. Es bietet sich an, Synergien zu nutzen. Es muss nicht zwingend jeder einzelne Rektor morgens um 08:00 Uhr die Schüler mit einer grossen Rede begrüssen können. Es braucht nicht für jeden Schulkreis um 08:00 Uhr morgens den Zugang zu einer Aula. So könnten die Schüler des Freien Gymnasiums Bern am Montag begrüsst werden, diejenigen vom Hochfeld-Schulhaus am Dienstag und die Kinder aus einer weiter entfernten Schule werden am Freitag eingeladen. Es hat nicht jede Schule eine eigene Aula und nicht jeder Rektor muss zwingend die Schüler zur selben Zeit begrüssen können. Diesen Ansatz unterstützen wir gerne.

Meine Bedenken zu Antrag 61 kennen Sie bereits. Die Anträge 55 und 58 unterstützen wir nicht, wir sind anderer Meinung. Antrag 31 unterstützen wir und sind erfreut darüber, dass die FDP die Durchführung des Cannabisprojektes ohne Gelder der Stadt beantragt. Im Gegensatz zur FDP sind wir aber gegen eine Liberalisierung von Cannabis. Unsere Anträge 48, 62 und 63 empfehle ich zur Annahme. Dieser Antrag zielt darauf ab, dass mehr Leute auch abends noch in die Ka-We-De kommen. Dies ist ein Sparantrag, der eine anfängliche Investition bedingt, danach aber Mehreinnahmen generieren wird. Den Anträgen 32 und 33 stimmen wir zu. Den Anträgen 11 und 12 werden ein paar Mitglieder unserer Fraktion zustimmen. Wenn der Stadtpräsident 45'000' Franken für die Verlegung der Drogenanlaufstelle verschwenden kann, kann dem Zirkus Wunderplunder ebenfalls ein Beitrag zugesprochen werden. In einer Kleinen Anfrage werde ich nachfragen, wer diesen Betrag von 45'000' Franken erhalten hat. Ein solcher Umgang mit Steuergeldern lässt bei mir die Emotionen hochkochen.

Antrag 24 zum APHK unterstützen wir. Zu den restlichen Anträgen nehme ich aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr Stellung.

Sarah Rubin (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die vergangenen zwei Jahre sind für die Stadt Bern und die gesamte Welt in ungewohnten Bahnen verlaufen. Es erfordert viel Kraft, sich den stetig ändernden Situationen anzupassen und einen Umgang mit ihnen zu finden, sei dies persönlich oder als Gesellschaft. Die Aufgabe des Staates ist es, in ruhigen Zeiten und umso mehr in Zeiten wie diesen, sich für diejenigen einzusetzen, die die Kraft nicht selber aufbringen können. Die Stadt Bern steht aus unserer Sicht deshalb besonders in der Pflicht, da auf kantonaler und nationaler Ebene Sozialabbau betrieben wird. Die Fraktion GB/JA! steht für eine städtische Finanzpolitik ein, die nicht nur hilft, wo es bereits schwierig ist, wie die Sozialhilfe, sondern auch mit präventiven Angeboten und Projekten auf die Menschen in prekären Situationen zugeht. Sparen ist in diesen Bereichen mittelfristig finanziell kontraproduktiv. Ich kann nicht auf alle Anträge eingehen, hier eine Auswahl: Wir unterstützen den Antrag 1 SBK, FD zur Strategie der Förderung beruflicher und sozialer Integration und die beiden Anträge 8 und 20 zum Gesundheitsinspektorat und zur Gesundheitsberichterstattung. Das Gesundheitsinspektorat bietet auf niederschwelliger Basis präventive Beratung und Hilfe in schwierigen Situationen zum Thema Wohnen an. Die Gesundheitsberichterstattung erhebt Daten zum Oberthema, die dazu dienen, Massnahmen und Interventionen auszuwerten und zu optimieren. Auch zur Kürzung des Leistungsvertrags mit dem Verein Schuldensanierung sagen wir, wie es der Stadtrat bereits letztes Jahr getan hat, Nein. Es macht unter dem Strich für die Stadt ökonomisch wenig Sinn, wenn der Sozialdienst weniger Personen zur Schuldenberatung schicken kann. Die beiden Anträge 31 und 32 lehnen wir entschieden ab. Es scheint, dass die FDP einem Missverständnis zum Opfer gefallen ist. Es geht bei diesen für uns sehr wichtigen Projekten nicht um GüWR-Wohnungen, sondern darum, armutsbedrohte oder armutsbetroffene Menschen dabei zu unterstützen, eine Wohnung zu erhalten. So kann die Stadt zusätzlich der Gentrifizierung entgegenwirken. Mit der Mietzinsgarantie bürgt die Stadt

für potenzielle Mieter*innen, die sich keine Mietzinskaution leisten können. Das erhöht die Chance auf eine Wohnung massiv. Die Beratungsstelle ist nötig, um das Angebot vermitteln zu können und weitere Unterstützung zu bieten. Bei der Schulsozialarbeit unterstützen wir Antrag^o7 zur Aufstockung der Schulsozialarbeit. Bereits mehrmals wurde eine Aufstockung durch den Stadtrat beschlossen. Deshalb ist es irritierend, dass diese im PGB 2022 wiederum gestrichen werden soll. Wir unterstützen deshalb auch die dazugehörige Planungserklärung^o57, die fordert, dass pro 700 Schüler*innen mindestens eine 100% Stelle für die Schulsozialarbeit vorzusehen ist. Kinderbetreuung und schulische Bildung muss allen Kindern zugutekommen, da sie die Chancengerechtigkeit der Kinder erhöhen und die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie ermöglichen. Ein weiteres Argument an jene Personen, die bei der Budgetdiskussion notorisch die Begriffe Markt und Wirtschaft gebrauchen: Eine gute Kinderbetreuung ist auch für besserverdienende Familien der ausschlaggebende Punkt bei der Wohnortswahl. Für die Stadt ist das steuertechnisch interessant. Dieses Vorgehen entspricht zusätzlich dem finanzpolitischen Grundsatz 2 aus dem IAFP, der sich damit beschäftigt, wie die Stadt mehr Steuersubstrat gewinnen kann. Wir sind erstaunt, dass der Gemeinderat in diesem Bereich Sparvorschläge macht und unterstützen deshalb den Antrag 5, der verlangt, dass auf die Sparmassnahme «Optimierungen in Tagesstätten und Tagesschulen» verzichtet wird.

Ebenfalls wichtig ist für uns der SBK-Antrag 22. Hier wird gefordert, dass auf die Sparmassnahme «Reduktion pädagogisch ausgebildetes Personal in Tagesschulen» verzichtet wird. Auch Antrag 10 unterstützen wir, der Steuerungsvorgaben fordert, laut denen der Anteil von pädagogisch ausgebildetem Personal in der Tagesbetreuung mindestens 60% betragen soll. Die anstehende Neustrukturierung der Tagesbetreuung Bern darf unter keinen Umständen zu einem Qualitätsabbau und zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führen. Es würde diejenigen am heftigsten treffen, die kaum Zugang zur ausserschulischen Bildung haben. Antrag^o34, der den Verzicht auf die zweite Phase des Monitorings zu den Betreuungsgutscheinen verlangt, lehnen wir ab. Wir müssen nach der Einführung dieser Gutscheine in der Stadt Bern zwingend wissen, wie es mit der Versorgung in den Quartieren aussieht. Der freie Markt kümmert sich bekanntlich nicht um dieses Thema.

Wir unterstützen den Antrag 6 und somit den Verzicht auf die Streichung der Stelle der Fachspezialistin Familie. In diesem Zusammenhang stimmen wir auch der Planungserklärung der SP in Antrag 55 zu. Die Kürzung des Leistungsvertrages mit den Kornhausbibliotheken stellt für uns ein No-Go dar und wir unterstützen den SBK-Antrag 4. Antrag 29 lehnen wir explizit ab.

In der Stadt der Beteiligung ist es wichtig, dass Informationen in verschiedensten Sprachen verfügbar sind, wie sie der Übersetzungsdienst Comprendi gewährleistet. Es geht nicht an, dass an dieser Stelle gespart wird und der Zugang zu städtischen Dienstleistungen für viele Menschen nicht mehr niederschwellig möglich ist. Vulnerable Gruppen zu unterstützen und zu integrieren, hat nichts mit einer Wohlfühl-Politik zu tun. Genau mit solch verhältnismässig günstigen, präventiven Projekten können zukünftige Kosten – beispielsweise beim Sozialdienst – verhindert werden. Dem SBK-Antrag 21 stimmen wir zu.

Zur Schulzahnmedizin: Grundsätzlich finden wir, dass die Stadt ein einheitlicheres System zur Vergünstigung von zahnmedizinischen Leistungen einführen und auf Fondsgesuche, wie beim Ziegler-Fonds, verzichten sollte. Wir unterstützen die Planungserklärung der SP in Antrag 58, die einen Abbau bei schulzahnmedizinischen Leistungen verhindern will. Zum Antrag 30 die Cannabisstudie betreffend: Nicht nur Bern, sondern mehrere Städte haben darum gekämpft, einen Pilotversuch starten zu dürfen. Es ist nicht der Fall, dass die Stadt Bern nationale Aufgaben im Alleingang übernimmt. Ein Grossteil der Studie wird von der Universität Bern respektive vom Nationalfonds getragen. Die Stadt Zürich übernimmt die gesamten Kosten des dortigen Pilotversuches. Wenn die Stadt Bern zum jetzigen Zeitpunkt, quasi auf der Zielgera-

den, aussteigt, werden bereits getätigte Investitionen zunichtegemacht. Ausserdem ist es ein über Jahre wiederholter Auftrag des Stadtrats an den Gemeinderat, hier eine Vorreiterrolle zu übernehmen.

Zu den Anträgen die Hallen- und Freibäder betreffend: Beim Hallenbad Hirschengraben enthalten wir uns zu beiden Anträgen der Stimme, . Wir finden es schwierig, diese Thematik im Rahmen der Budgetdebatte zu beurteilen. Wir wünschen uns von der Stadt eine Auslegeordnung zum Stand der Dinge und zum weiteren Vorgehen. Zum Lorrainebad gibt es nicht mehr viel zu ergänzen, da wir die Petition gegen die Verpachtung mitlanciert haben.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

X

Kurt Rügsegger

Die Protokollführerin

X

Christine Otis

Präsenzliste der Sitzung 20.40 bis 22.40 Uhr

Vorsitzend

Präsident Kurt Rügsegger

Anwesend

Mohamed Abdirahim
Yasmin Amana Abdullahi
Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Timur Akçasayar
Lena Allenspach
Katharina Altas
Ruth Altmann
Ursina Anderegg
Tom Berger
Nicole Bieri
Diego Bigger
Lea Bill
Laura Binz
Gabriela Blatter
Regula Bühlmann
Dolores Dana
Milena Daphinoff
Sibyl Martha Eigenmann
Claudine Esseiva
Vivianne Esseiva
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Jemima Fischer
Thomas Fuchs

Katharina Gallizzi
Eva Gammenthaler
Lionel Gaudy
Franziska Geiser
Thomas Glauser
Lukas Gutzwiller
Bernadette Häfliger
Erich Hess
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Eva Krattiger
Nora Krummen
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Simone Machado
Salome Mathys
Tanja Miljanovic
Alina Irene Murano

Barbara Nyffeler
Halua Pinto de Magalhães
Tabea Rai
Daniel Rauch
Simone Richner
Claudio Righetti
Mirjam Roder
Sarah Rubin
Rahel Ruch
Michael Ruefer
Remo Sägesser
Judith Schenk
Marianne Schild
Florence Schmid
Sara Schmid
Zora Schneider
Edith Siegenthaler
Ursula Stöckli
Therese Streit-Ramseier
Bettina Stüssi
Michael Sutter
Ayse Turgul
Janosch Weyermann
Manuel C. Widmer
Marcel Wüthrich

Entschuldigt

Francesca Chukwunyere
Nicole Cornu

Brigitte Hilty Haller

Michael Hoekstra

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD
Michael Aebersold FPI

Franziska Teuscher BSS

Marieke Kruit TVS

Entschuldigt

Reto Nause SUE

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin
Barbara Waelti, Protokoll

Sabrina Hayoz, Ratsweibelin
Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberi
Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

- Die Traktanden 6 und 7 werden gemeinsam behandelt. -

2020.FPI.000130

6 Fortsetzung: Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2022 – 2025

Diskussion und Beschlüsse siehe Traktandum 7.

72020.FPI.000131

7 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2022 (Abstimmungsbotschaft)

Fortsetzung: Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS)

Fortsetzung: Fraktionserklärungen

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Sparen macht keinen Spass, darin sind wir uns alle einig. Dass wir sparen müssen, steht ausser Frage. Im Verlauf dieser Spardebatte bekomme ich aber zunehmend den Eindruck, dass das nicht allen klar ist. Darum fasse ich nochmal zusammen: Uns steht das Wasser bis zum Hals. Und wenn weiterhin mit der Giesskanne, ohne klare Linie, Gelder ausgeschüttet werden, steigt der Wasserstand deswegen weiter; er sinkt nicht ab. Die Zahlen, die die Stadt ausweist, sind und bleiben rot. Genau aus diesem Grund hat der Gemeinderat ein Entlastungspaket erarbeitet. Wenn wir so weiter machen, fahren wir den Karren an die Wand, wie man so schön sagt. Das Ziel muss es sein, zu sparen, und nicht, alle Sparvorschläge ohne Kompensationsvorschläge rückgängig zu machen. Ganz ehrlich: Wer findet sparen cool? Wir, die darüber entscheiden, sicherlich nicht. Und die Leute, die davon betroffen sind, schon gar nicht. Aber wir müssen Lösungen finden, und zwar heute, nicht morgen. Aus diesen Gründen stellt sich die GLP/JGLP-Fraktion hinter die Sparvorschläge des Gemeinderats und lehnt die meisten Anträge ab.

Drei Dinge will ich hervorheben: Erstens, dass Effizienzsteigerungen begrüssenswert sind. Die Stadt hat ungenügend analysiert, wie Prozesse und Abläufe effizienter gestaltet und dadurch Einsparungen realisiert werden können. Aber das gehört zu einem ausgewogenen Sparpaket. Umso irritierender ist es, dass Anträge eingereicht werden, die die wenigen Effizienzsteigerungen, die das Sparpaket beinhaltet, zu verhindern suchen. Ein Beispiel ist die Aufhebung der Notwohnungen, die aktuell komplett leer stehen. In Bern herrscht Wohnungsknappheit, nichtsdestotrotz reserviert die Stadt Wohnungen und trägt die Mietkosten, nutzt aber diese Wohnungen nicht. Das ergibt überhaupt keinen Sinn. Es ist viel sinnvoller, bei Bedarf Wohnraum zuzumieten oder die Leute in einem Hotel einzuquartieren. Auf diese Weise kann die Stadt immer noch viel mehr sparen als mit leeren Notwohnungen. Dasselbe gilt in Bezug auf die Effizienzsteigerung beim schulzahnmedizinischen Dienst (SZMD).

Zweitens komme ich auf die Schwimm- und Hallenbadsituation in Bern zu sprechen, weil diese im Vorfeld dieser Debatte zu vielen Diskussionen führte. Unserer Meinung nach soll, wenn in der Länggasse eine neue Schwimmhalle gebaut wird, das Hallenbad Hirschengraben aufgehoben werden. Etwas am Leben zu erhalten, das den Zenit längstens überschritten hat, ist nicht zielführend. Wir begrüssen, dass das Hallenbad Hirschengraben umgenutzt und einem neuen Zweck zugeführt werden soll. Zudem unterstützen wir den Verzicht darauf, die Öffnungszeiten der Hallen- und Schwimmbäder am Morgen auf später zu verschieben. Viele nutzen dieses Angebot, bevor sie zur Arbeit gehen. Spätere Öffnungszeiten entsprechen einer

Verschlechterung des Ist-Zustands und auch der Bedingungen der arbeitenden Bevölkerung. Für uns wäre eine Öffnung der Bäder mit einer klaren Kennzeichnung, dass vor neun Uhr morgens keine Aufsichtspflicht wahrgenommen wird, eine Möglichkeit, um Personalkosten einzusparen. In der Aare gehen die Leute ja auch schwimmen, ohne dass dort jemand ist, der sie beaufsichtigt. Sie gehen auf eigene Verantwortung und auf eigene Gefahr schwimmen. Über die Verpachtung des Lorrainebads wurde in unserer Fraktion ausführlich und kritisch diskutiert: Mit dem Wylerbad existiert bereits ein Schwimmbad in der Nähe und die Aare steht jederzeit allen zur Verfügung. Gleichzeitig ist der Verpachtungszeitpunkt, angesichts der geplanten Sanierung des Lorrainebads, nicht sinnvoll gewählt. Wir wollen, dass die Stadt überall, auf dem gesamten Stadtgebiet eine einheitliche Bäder-Politik betreibt. Das Lorrainebad darf keine Ausnahme darstellen. Aus diesem Grund unterstützen wir den Antrag 69 GFL/EVP, der eine Lösung für das Lorrainebad vorsieht, so dass es immer noch allen kostenlos zur Verfügung steht.

Drittens bekennen wir uns zur Sportstadt Bern. Wir brauchen ein lebendiges Vereinsleben und wir wollen, dass sich unsere Bevölkerung sportlich betätigt und gesund bleibt.

Wie schon gesagt: Sparen macht keinen Spass. Aber nicht zu sparen, ist angesichts der aktuellen Situation noch viel weniger spassig. Bitte helfen Sie mit, ein Sparpaket zu verabschieden, das diesen Namen verdient. Oder wie es Tom Berger ausgedrückt hat: «Lieber ein sinnvolles Entlastungspaket».

Sara Schmid (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir können es nicht genug betonen: Für die Fraktion SP/JUSO ist klar, dass es auch in der aktuellen Finanzlage keinen Abbau in den Bereichen Bildung, Soziales und Service public geben darf. Gerade jetzt wäre ein solcher Abbau, aber auch ein fehlender Ausbau, wo nötig, ein völlig realitätsfremder und folgenreicher Entscheid. Die Pandemie hat nicht nur bestehende soziale Probleme ans Tageslicht gebracht, sondern dieselben auch verstärkt. Viele Menschen sind in ihrer beruflichen Existenz bedroht oder haben ihre Perspektive verloren. Die Chancengleichheit in den Schulen ist abermals grösser geworden. Die psychische Gesundheit vieler Menschen hat gelitten. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet. Das Ausmass der Auswirkungen lässt sich teils nur erahnen, aber es liegt auf der Hand, dass wir darauf reagieren müssen, und zwar nicht mit einem Sozialabbau. Gleichzeitig ist für uns klar, dass wir eine nachhaltige Finanzstrategie brauchen, damit wir in der Stadt Bern auch langfristig und autonom die Chancengleichheit und die soziale Sicherheit der hier lebenden Menschen sichern und stärken können. Dafür braucht es aber auch Investitionen. Ein Abbau bei der Schulsozialarbeit beispielsweise führt, neben den nicht tragbaren Auswirkungen für die Betroffenen, mittel- bis langfristig auch zu Folgekosten für die Gesellschaft. Aus diesen Überlegungen tragen wir das Massnahmenpaket des Gemeinderats für das Budget 2022 und den IAFP 2022 bis 2025 zwar mit, aber es sind ein paar dringende Korrekturen daran notwendig. Wie bereits angetönt, existieren für uns klare rote Linien. Die Bedingungen für einen chancengleichen Start ins Leben müssen garantiert bleiben; dafür setzen wir uns weiterhin konsequent ein. Wir müssen solidarisch bleiben, erst recht in Krisenzeiten. Das heisst, alle Massnahmen, die die soziale Sicherheit gefährden, sind klar abzulehnen. Wir wollen auch einen starken Service public aufrechterhalten, daher ist es für uns keine Option, Freibäder wie das Lorrainebad der öffentlichen Hand zu entziehen und zu privatisieren. Die Massnahmen im Personalbereich müssen ohne Entlassungen und immer in Absprache mit den Sozialpartnern erfolgen, faire Arbeitsbedingungen müssen gesichert bleiben. Nachdem wir alle Massnahmen sorgfältig geprüft, breit und intensiv diskutiert und abgewogen hatten, reichten wir zu jenen, bei denen wir Korrekturbedarf erkannten, Anträge ein: Für mehr Lernunterstützung, für die Erhöhung der Schulsozialarbeit, gegen den Qualitätsabbau und verschlechterte Arbeitsbedingungen in den Tagis und Tagesschulen, für den Ausbau des soziokulturellen Angebots, der schulzahnmedizinischen Leistungen und der

familienergänzenden Betreuung, auch angesichts des Wachstums der Zahl der Schülerinnen und Schüler.

Folgende sind unsere Positionen zu den Anträgen der SBK oder der anderen Fraktionen: Die Anträge der SBK und der Finanzdelegation (FD) unterstützen wir grossmehrheitlich, weil sie problematische Massnahmen des Gemeinderats korrigieren. Zum Beispiel ist es auch unserer Fraktion ein zentrales Anliegen, dass kein Abbau der Leistungen des SZMDs stattfindet. Die Zahngesundheit ist extrem wichtig. Es darf nicht sein, dass in diesem Bereich Abstriche gemacht werden. Nebst der vorhin begründeten Planungserklärungen unterstützen wir selbstverständlich den Antrag 19 SBK, FD, der den Verzicht auf die Massnahme Effizienzsteigerung Schuluntersuch verlangt. Es ist unverständlich, wie man, angesichts der steigenden Schüler*innenzahlen, die Absicht haben kann, die Pensen der Zahnärzte und der Dentalassistenten zu kürzen. Im Zusammenhang mit dem SZMD unterstützen wir auch die Anträge 14 bis 18 SBK, FD, bei denen es um Steuerungsvorgaben und Kennzahlen geht. Für die Anträge 25 und 28 AL, PdA hegen wir grundsätzlich viel Sympathie. Wir sind absolut mit dem Antrag 28 AL, PdA einverstanden, dass auch Familien, Kinder und Menschen mit begrenzten Ressourcen Zugang zu den Dienstleistungen des SZMDs erhalten müssen. Solange der Ziegler-Fonds die Gesuche der Betroffenen rasch und unbürokratisch gewährt, können wir den 2020 gefassten Beschluss jedoch weiterhin mittragen. Natürlich werden wir ein Auge auf die kommende Entwicklung halten. Ähnlich verhält es sich beim Antrag 25 AL, PdA: Zentral ist für uns, dass die Qualität und die Zugänglichkeit der Leistungen des SZMDs erhalten bleiben. Das ist aber mit der Zusammenlegung der Standorte immer noch möglich. Wir behaften die BSS auf ihrer Zusage und verweisen diesbezüglich auf unsere Planungserklärung 58. Ein weiterer wichtiger Korrekturantrag, der Antrag 7 SBK, FD, betrifft die Schulsozialarbeit. Nebst unserer Planungserklärung, die noch mehr Ressourcen für die Schulsozialarbeit verlangt, unterstützen wir auch diesen Antrag, der die Umsetzung der vom Stadtrat letztes Jahr verlangten Aufstockung verlangt. Für uns ist es unverständlich, dass diese Entlastungsmassnahme wieder den Weg ins Budget fand, nachdem sie doch vom Stadtrat letztes Jahr abgelehnt wurde. Zwingend ist für uns auch, dass auf die Sparmassnahme betreffend das pädagogisch ausgebildete Personal an Tagesschulen verzichtet wird. Das Personal an den Tagesschulen und das Angebot für die Tagesbetreuung stossen bereits heute an ihre Grenzen. Es darf nicht sein, dass auf dem Buckel der Kinder und des Tagesschulpersonals gespart wird. Wie SBK und FD wollen auch wir sicherstellen, dass der Betreuungsschlüssel nicht verschlechtert wird. Darum unterstützen wir die Anträge 10, 22 und 5 SBK, FD. Auch zum Antrag 9 SBK, FD betreffend die Verpachtung des Lorrainebads haben wir eine eigene Planungserklärung eingereicht. Wichtig finden wir auch, dass auf die Streichung des Leistungsvertrags mit dem Dolmetscherdienst Comprendi verzichtet wird. Es ist für uns zwingend, dass dieser Leistungsvertrag beibehalten wird, damit die Stadt Bern weiterhin über eine möglichst zugängliche und diskriminierungsfreie Stadtverwaltung verfügt. Wir unterstützen daher den Antrag 23 SBK, FD. Ebenso unterstützen wir den Antrag 21 SBK, FD, bei dem es darum geht, auf die Erhöhung der Gebühren zulasten der Stadtberner Sportvereine zu verzichten. Auch dem Antrag 20 SBK, FD stimmen wir zu, weil wir nicht wollen, dass beim Gesundheitsinspektorat gespart wird. Die Streichung dieser Stellen hätte Konsequenzen für die Menschen, die es in unserer Gesellschaft nicht leicht haben. Wir stimmen auch den Anträgen 11, 13 und 3 SBK, FD zu, die fordern, dass die Streichungen beim Zirkus Wunderplunder, bei der Jugendkulturpauschale und bei der Ludothek rückgängig gemacht werden. Weiter unterstützen wir die zwei Planungserklärungen SBK, FD: Der Antrag 4 stellt inhaltlich dieselbe Forderung wie unser Antrag 56. Der Antrag 1 SBK, FD verlangt, die Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration zu stärken. Das unterstützen wir, jetzt erst recht. Gestützt auf unsere Abklärungen werden wir jedoch den Anträgen 2, 6, 8 und 12 SBK, FD nicht zustimmen.

Zu den Anträgen der anderen Fraktionen: Zum Antrag 35 AL, GaP, PdA zu den Partizipationsprojekten: Selbstverständlich ist die Partizipation auch uns ein grosses Anliegen, deswegen haben wir grundsätzlich grosse Sympathie für diese Planungserklärung. Allerdings ist die vorliegende Planungserklärung unserer Meinung nach zu wenig präzise und zu ungenau begründet, darum werden wir uns der Stimme enthalten. Über den Antrag 26 GaP, PdA betreffend die Notwohnungen wurde in der Fraktion intensiv diskutiert. Für uns ist es zentral, dass alle Menschen eine würdige Unterbringung bekommen. Wir sind zum Schluss gekommen, dass die Variante mit der Hotelzimmervermittlung für Betroffene eine gute Lösung ist. Darum lehnen wir diesen Antrag ab. Zu den Anträgen der Fraktion GB/JA!: Wir unterstützen ganz klar den Antrag 43, der beantragt, auf die Kürzung der Mittel für Selbstverteidigungskurse zu verzichten. Wir müssen den Schutz vor Gewalt stärken, sicherlich nicht schwächen. Angesichts der zunehmenden häuslichen Gewalt, der Übergriffe im öffentlichen Raum usw. mutet es realitätsfremd an, den niederschweligen Zugang zu Selbstverteidigungskursen zu streichen. Für die weiteren Anträge der Fraktion GB/JA! hegen wir grösstenteils auch Sympathien. Aber da wir, gestützt auf diverse Abklärungen mit der Verwaltung oder mit den Sozialpartnern, zum Schluss gekommen sind, dass die vom Gemeinderat vorgeschlagenen Massnahmen tragbar sind, lehnen wir diese Anträge ab. Zu den Anträgen 46 und 47 GB/JA!: Wir lehnen diese aus formalen Gründen ab, weil wir der Ansicht sind, dass das Budget nicht der richtige Ort ist, um über Anpassungen bei Pinto zu entscheiden, ohne dass dieses Konzept in der Kommission und in den Fraktionen diskutiert werden konnte. Die Anträge Mitte, GLP/JGLP, FDP/JF lehnen wir alle ab. Kurz vor der Zielgeraden aus dem Cannabis-Pilotprojekt auszusteigen, wie Antrag 30 FDP/JF verlangt, ist für uns eine unverständliche Forderung. Auch der Antrag 34 FDP/JF, der den Verzicht auf die zweite Phase des Monitorings zu den Betreuungsgutscheinen verlangt, stösst nicht auf unser Verständnis, da dies vergabetechnisch gar nicht möglich ist. Die Anträge der SVP-Fraktion lehnen wir ebenfalls ab, weil diese Anträge mehrheitlich auf einen sozialen Leistungsabbau abzielen, beispielsweise in Form des mit Antrag 62 geforderten Abbaus der Fachstelle für Migration und Rassismusfragen. Eine Ausnahme ist Antrag 66 SVP, denn die Streichung des Leistungsvertrags mit dem Fahrdienst des Schweizerischen Roten Kreuzes – eine Dienstleistung, die vielen Menschen zugutekommt – kommt auch für uns nicht infrage.

Einzelvotum

Daniel Rauch (SP): Als ich vor einiger Zeit mit den Kindern in der Lorraine war, fragte mich eines, was das für eine Ente sei, die da überall aushänge und warum sie denn so lange Zähne habe; Enten hätten doch Schnäbel und keine Zähne. «Das ist das Wappentier der Lorraine», erzählte ich und erklärte, dass es sich bei dieser Ente um eine spezielle Ente handle, die alle beisse, die schlechte Entscheidungen treffen. Ich sagte, eine schlechte Entscheidung sei zum Beispiel, wenn man das Schwimmbecken im Lorrainebad abdecken wolle, um die Kosten für einen Bademeister einzusparen. Oder wenn man ein Freibad in einen Park umwandeln wolle, für den Private sorgen sollen. Ein sehr schlechter Entscheid wäre, wenn am Ende Eintritt fürs Freibad verlangt würde. Mein Sohn schaute mich daraufhin erstaunt an, wahrscheinlich wollte er einfach nur eine Fahne haben.

Zahlreiche Organisationen – der Verein «Läbigi Lorraine», die SP Bern Nord, das Grüne Bündnis, die FDP Bern Nord, der Dialog Nordquartier und der Spielbetrieb Lorraine – haben dem Gemeinderat mit einer Petition die Zähne gezeigt. Vor allem waren es die Bevölkerung der Lorraine, des Nordquartiers und Menschen aus der ganzen Stadt, die in Form einer Petition ein über 80 000-faches Zeichen setzten. All diese Menschen unterstreichen mit ihren Unterschriften die Absurdität dieses Sparvorschlags. Die Reisszähne sollen darum auch eine Warnung sein: Das Lorrainebad und überhaupt alle Berner Freibäder sind alternativlos und

die Ente – das kann ich garantieren – vergisst nicht. Zum Antrag der Fraktion 69 GFL/EVP ist nicht viel zu sagen: Für uns sind die Freibäder Teil des Service public. Wenn Sie eine Freizeitanlage suchen, begeben Sie sich am besten auf den Gurten. Und Kultur ist im Lorrainebad schon längstens möglich, dazu sage ich nur: «Säbelibum». Abgedeckt werden soll das Bad laut den Antragstellenden ja trotzdem. Alles in allem scheint mir dieser Antrag ein schlechter Entscheid. Ein guter Entscheid hingegen ist, wenn Sie den Antrag 59 SP/JUSO unterstützen. Das Schwimmbecken muss offen bleiben und das Lorrainebad muss öffentlich bleiben.

Barbara Keller (SP): Ich äussere mich zur Planungserklärung 61 SP/JUSO betreffend die Zwischennutzung des Hallenbads Hirschengraben: Der öffentliche Raum ist ein Raum für Begegnungen, Handlungen und Ereignisse. Ein Ort des Austauschs verschiedenster Lebensinteressen und Formen. Für Jugendliche kommt dem öffentlichen Raum eine besondere Bedeutung zu. Sie verbringen einen grossen Teil ihrer Freizeit dort. Der öffentliche Raum bietet ihnen eine Plattform für den Austausch unter Gleichaltrigen, ausserhalb der elterlichen Kontrolle. Jugendliche brauchen Platz, um ihre eigenen Wege zu finden. Sie brauchen Raum, um Leute zu treffen. Einen Raum frei von Zwängen, in dem man experimentieren und Grenzen ausloten kann und auch einmal scheitern darf. Solche Orte und Räume für die kreative und nichtkommerzielle Entfaltung Jugendlicher und junger Erwachsenen sind in Bern selten. Entsprechend gross ist der Stellenwert solcher Orte. Das Beispiel Neubad Luzern zeigt, was im Rahmen einer Zwischennutzung eines ehemaligen Hallenbads alles entstehen kann. Seit 2013 wird dieser Raum in Luzern für Veranstaltungen, Arbeitsräume, ja sogar als Galerie, Quartiertreff und Garten genutzt. Mir ist im Vorfeld die Kritik zu Ohren gekommen, dass dieser Ort nicht nur den Jugendlichen zugutekommen soll. In unserer Planungserklärung steht jedoch, dass ein Fokus auf die Jugendkultur gelegt werden soll. Das ist natürlich kein Ausschlusskriterium. Es ist aber nicht abzustreiten, dass die Berner Jugend nur wenige Freiräume hat, deswegen ist ein spezielles Augenmerk auf die Jugend und die Jugendkultur zu richten. Natürlich begrüssen wir auch ein buntes und vielfältiges Miteinander verschiedener Verwendungszwecke. Bitte stimmen Sie unserer Planungserklärung 61 zu: Wenn es zur Zwischennutzung des Hallenbads Hirschengraben kommt, soll der Fokus auf die Jugend und die Jugendkultur gerichtet werden. Für Freiräume dort, wo es sie braucht.

Bernadette Häfliger (SP): Nachdem Alexander Feuz den Antrag 60 schon so vehement vertreten hat, habe ich mir erst überlegt, darauf zu verzichten, mich dann aber doch entschieden, zu begründen, weshalb die Fraktion SP/JUSO den Antrag 60 stellt: Der Gemeinderat hat im Rahmen des Sparprogramms FIT II den Neubau einer Aula Länggasse bei den mittelfristigen Investitionen gestrichen. Wenn man von einer realistischen Investitionsplanung ausgeht, ist das ein ehrlicher Schritt, zumal sich der Neubau einer Aula innerhalb dieses Zeitraums in der dicht bebauten Länggasse mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht verwirklichen lässt. Länggasse-Felsenau ist der einzige Stadtteil, der keine eigene Aula oder Mehrzweckhalle hat. Ein solcher Raum wäre jedoch nicht nur für die Schulen, sondern fürs ganze Quartier wichtig. Mit Antrag 60 fordert unsere Fraktion den Gemeinderat auf, möglichst rasch im Quartier Alternativen für einen Neubau zu suchen. Im Quartier werden in den nächsten Jahren verschiedene Räumlichkeiten der Kirchgemeinden frei, welche die Möglichkeit bieten, das Aula-Projekt rasch und kostengünstig zu realisieren. Alexander Feuz hat einen anderen Vorschlag eingebracht, auch diese Möglichkeiten wären zu prüfen. Wenn der Spardruck dazu führte, dass Synergien genutzt und Lösungen ausserhalb der ausgetretenen Wege gefunden würden, könnte man dem Ganzen sogar eine positive Seite abgewinnen. Eine gemeinsame Nutzung eines bereits bestehenden Gebäudes ist aus mehreren Gründen sinnvoll: Einerseits wird eine Aula nicht durchgehend genutzt, andererseits ist es in einem dicht besiedelten Quartier wie der Länggasse schwierig, einen geeigneten Standort für einen Neubau zu finden. Dieser Ver-

such wurde bereits unternommen, scheiterte jedoch. Zudem ist die Umnutzung eines bestehenden Gebäudes auch aus ökologischer Sicht sinnvoller als ein Neubau. Auf dem Mittel- und Viererfeld entsteht in den nächsten Jahren ein neuer Quartierteil. Das eröffnet neue Perspektiven. Es bleibt zu hoffen, dass dies auch zu einer besseren Anbindung der Engehalbinsel ans übrige Quartier führt. Wieso also nicht eine Aula im Bereich Rossfeld/Reichenbachstrasse bereitstellen? Für die Fraktion SP/JUSO hat es erste Priorität, dass genügend und qualitativ guter Schulraum zur Verfügung steht. Eine Aula ist als wichtige Ergänzung zu verwirklichen, aber es muss kein Neubau sein.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Ich danke Sara Schmid für die Vorstellung des Budgets und des IAFPs der BSS. Allen Rednerinnen und Rednern danke ich für die doch positive Würdigung der Sozial- und Bildungspolitik und des Stellenwerts dieser beiden politischen Bereiche für die Stadt Bern. Das drückt sich auch in vielen Planungserklärungen aus, die der Stadtrat zum IAFP eingegeben hat. Chancengerechtigkeit ist ein wichtiges Stichwort, ebenso wie: Allen Menschen in der Not helfen, eine gute Qualität, insbesondere bei der Kinderbetreuung und beim Personal, anbieten, attraktive Angebote für alle bereitstellen und ein Herz für den Sport haben. Ich kann Ihnen versichern, dass der Gemeinderat diese Ziele teilt. Diese Ziele hatte der Gemeinderat auch bei der Erstellung des Budgets vor Augen. Angesichts des hohen Sparziels, das wir erreichen müssen, war es nicht möglich, im sozialen Bereich und bei der Bildung nicht auch Sparmassnahmen umzusetzen. Die BSS kommt also auch nicht ungeschoren davon. Der Gemeinderat ist sich jedoch bewusst, dass Bildung und Soziales wichtige Bereiche sind, und dass es sehr heikel ist, in diesen Bereichen zu sparen. Darum haben wir uns überlegt, welche Auswirkungen die Sparmassnahmen auf die betroffenen Leute zeitigen. Aber es ist eine Tatsache, dass fast jede Massnahme, die im Bereich der BSS ergriffen wird, Auswirkungen auf bestimmte Gruppen oder auf Einzelpersonen haben; dessen müssen wir uns bewusst sein. Der Gemeinderat ist nach sorgfältiger Abwägung aller Massnahmen zum Schluss gekommen, dass diese, angesichts des zu erreichenden Sparziels, vertretbar sind. Darum bitte ich Sie dem Vorschlag des Gemeinderats zu folgen.

In Anbetracht der zahlreichen zum Budget gestellten Anträge kann ich nur auf einige wenige eingehen: Zum Bereich Sucht, genauer zum Antrag 30 FDP/JF: Das Cannabisprojekt ist am Start. In der Debatte ist argumentiert worden, es sei nicht die Aufgabe der Stadt, ein solches Projekt umzusetzen, da es sich um ein nationales Projekt handle. Das stimmt nicht. Cannabisprojekte sind eine Aufgabe, die die Städte erfüllen müssen. Der Bund hat, aufgrund der von den Städten – insbesondere auch von der Stadt Bern – geleisteten Arbeiten, auf eidgenössischer Ebene den Experimentierartikel erlassen, der die Durchführung solcher Projekte erlaubt. Dass die Stadt Bern jetzt zurückgepiffen werden soll, dafür habe ich kein Verständnis. Seit Jahren besteht der klare Wille, sowohl des Stadtrats als auch des Gemeinderats, dass sich die Stadt dafür einsetzen soll, eine Regulierung, also eine gute Lösung in Bezug auf Cannabis zu finden. Nach all den bereits getätigten Investitionen zu sagen, dass sich die Stadt nicht daran beteiligen solle, eine bessere Regulierung zu bekommen, ist für mich unverständlich. Das Budget dieses Projekts ist aus städtischer Sicht äusserst günstig. Der Nationalfonds und die Universität Bern haben sich bereiterklärt, sich am Cannabisprojekt zu beteiligen. Es wäre kein gutes Zeichen gegenüber dem Nationalfonds, wenn die Stadt die Mittel für dieses Projekt streichen würde. Ich weiss nicht, ob der Nationalfonds zugunsten eines anderen Projekts entscheiden würde. Zudem hat auch die Stadt Biel bereits 35 000 Franken gesprochen und die Stadt Thun will auch einen Beitrag sprechen.

Zu den Anträgen zum Sozialamt: Die Anträge 31 und 32 FDP/JF beziehen sich auf die Wohnmassnahmen. Der Antrag 31 bezieht sich auf die Stelle, die Leute unterstützt, die grosse Probleme haben, auf dem sehr ausgetrockneten Wohnungsmarkt in Bern eine Wohnung zu finden. Es handelt sich dabei um eine Massnahme aus der Wohnstrategie sowie um eine

Massnahme gegen die weitere Gentrifizierung unserer Stadt. Sie können sich vorstellen, dass Leute mit kleinen Einkommen keine beliebten Mieterinnen oder Mieter sind. Kommen noch Schulden oder eine Krankheit dazu, haben diese Menschen kaum eine Chance, selbst eine Wohnung in der Stadt Bern zu finden. Auch das Gesundheitsinspektorat regte an, eine Wohnberatungsstelle einzurichten. Ich kann auch nicht verstehen, wieso beantragt wird, den Betrag von 200 000°Franken für Mietzinsdepots zu kürzen. Aus diesen Mittel leistet die Stadt eine Art Vorschüsse, um die geforderten Mietzinsdepots zu gewährleisten. Es handelt sich nicht um Ausgaben im eigentlichen Sinn.

Zum Antrag 33 FDP/JF betreffend die zu schaffenden Stellen beim Sozialamt: Die Finanzierung der Sozialhilfe ist ein sehr komplexes System. Ich kann nachvollziehen, dass es für Sie schwierig ist, das Ganze zu verstehen. Der Kanton leistet immer im Mai die Abgeltungszahlungen für das vorangegangene Jahr für die Stellen im Sozialamt, also nachträglich. Der Kanton tätigt diese Zahlungen immer rückblickend auf die zwei letzten Jahre, weil er verhindern will, dass die Städte frühzeitig ihren Personaletat ausbauen, nur weil in einem Jahr höhere Kosten als in anderen Jahren angefallen sind. Mittlerweile verhält es sich im Fall der Stadt Bern so, dass wir vom Kanton höhere Abgeltungen erhalten, als wir effektiv für das angestellte Personal ausgeben müssen. Es besteht also Nachholbedarf. Die Stadt Bern ist verpflichtet, einen Leistungsausbau vorzunehmen und die Stellen im vom Gemeinderat beantragten Umfang umzusetzen. Zum Antrag 34 zu Familie & Quartier Stadt Bern, mit dem die Fraktion FDP/JF verlangt, auf die zweite Phase des Monitorings zu den Betreuungsgutscheinen zu verzichten. Ein erster Schritt wurde bereits ausgelöst. Die Argumentation, dass der Kanton dieses System evaluiere, ist nicht stichhaltig. Der Kanton nimmt zwar schon eine Evaluierung vor, aber in der Stadt Bern gilt ja das städtische Betreuungsreglement, in dem eigene städtische Massnahmen definiert sind. Es ist also auch im Interesse des Stadtrats, herauszufinden, ob die in die städtischen Massnahmen investierten Gelder zielführend eingesetzt sind. Zu den Massnahmen zum SZMD: Zum Antrag 38 Stüssi betreffend die Zusammenlegung der Klinikstandorte ist zu sagen, dass es sich nicht so verhält, dass der Gemeinderat hinter dem Rücken des Stadtparlaments die beiden bisherigen Klinikstandorte zusammenschliessen will. Es handelt sich vielmehr um eine Massnahme, die im Rahmen des zum SZMD durchgeführten Berichts gefasst wurde. Bei dieser Untersuchung ging es darum, herauszufinden, wie das Angebot des SZMDs sozial ausgestaltet werden kann, wie effizienter gearbeitet und Kosten eingespart werden können. Die Zusammenlegung stellte sich, auch aus Sicht der Qualität des Angebots, als geeignete Massnahme heraus. Zum Antrag 28 AL, PdA betreffend die Behandlungskostenbeiträge: Ich kann gut nachvollziehen, dass dieser Antrag gestellt wird. Es ist eine Tatsache, dass die Kosten für zahnärztliche Behandlungen für viele Menschen in Bern ein riesiger finanzieller Faktor sind, für den sie nicht aufkommen können. Ich bedaure sehr, dass es für die Zahnarztkosten keine einer Krankenkasse ähnlichen Versicherungen gibt. Es ist jedoch nicht zielführend, auf die städtischen Behandlungskostenbeiträge zurückzukommen. Der Stadtrat stimmte vor einem Jahr dem Antrag des Gemeinderats auf Streichung dieser Beiträge zu. Seit da werden alle Gesuche über den Ziegler-Fonds abgewickelt. Beim Ziegler-Fonds sind seither diverse Gesuche eingegangen, was zeigt, dass dieses Instrument wirkt. Es ist nicht so, dass die Hürden, um Behandlungskostenbeiträge zu erhalten, früher kleiner waren als jetzt mit dem Ziegler-Fonds.

Zum Sportamt: Gegen die Verpachtung des Lorrainebads liegen etliche Anträge vor. Ich nehme zur Kenntnis, dass es dem Gemeinderat anscheinend nicht gelungen ist, seine Idee dem Stadtrat, respektive der Bevölkerung zu verkaufen. Es war nie die Absicht des Gemeinderats, das Lorrainebad zu privatisieren und es war nie die Rede davon, dass Eintritte verlangt werden sollen. Ich entnehme Ihren Voten, dass Sie hinter der Bäder-Strategie der Stadt Bern stehen, und dass Sie der Ansicht sind, dass die Freibäder auch in Zukunft gratis zur Verfügung stehen und für alle Leute offensein müssen. Der Gemeinderat wollte mit dieser Spar-

massnahme eigentlich das erreichen, was in vielen Voten ebenfalls angesprochen worden ist: Es ging ihm darum, das Bad weiterhin der Bevölkerung und dem Quartier zur Verfügung zu stellen. Wir haben Potenzial darin erkannt, dass man sich bei einer Verpachtung nicht mehr an die Öffnungszeiten halten müsste und auch im Winter ein Programm anbieten könnte. Der Gemeinderat nimmt jedoch zur Kenntnis, dass diese Idee beim Stadtrat und bei den Unterzeichnenden der Petition nicht ankommt. Zum Antrag 52 Mitte betreffend «Hallo Velo» habe ich keine Begründung gehört, wieso dieser Anlass gestrichen werden soll. «Hallo Velo» ist ein toller Anlass und vor allem auch ein sozialer Anlass, weil er viele Gratisangebote macht, weil sich die Kinder den ganzen Tag lang mit den Velos austoben können. Es ist ein niederschwelliges Angebot und vor allem auch ein Sportangebot – das Herz des Stadtrats schlägt ja auch für den Sport. Es ist ein Angebot zur Bewegungsförderung und auch ein sehr guter Klimaschutz-Event. Das Velo steht als Fahrzeug der Zukunft im Zentrum, wenn es darum geht, in der Stadt Bern klimafreundlich unterwegs zu sein. Wer sich am «Hallo Velo»-Sonntag vor zwei Wochen in der Stadt aufhielt, konnte selbst miterleben, dass sich viele Tausend Menschen daran erfreuten, und wie schön es war, wieder einmal das Gefühl vermittelt zu bekommen, dass unsere Stadt eine lebendige Stadt ist, deren Lebensqualität die Bevölkerung geniesst. Ich bitte Sie, die erwähnten Anträge abzulehnen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 35 AL, GaP, PdA ab. (24 Ja, 34 Nein, 17 Enthalten) *Abst.Nr. 004*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 64 SVP ab. (11 Ja, 63 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 005*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 65 SVP ab. (11 Ja, 63 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 006*
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 70 SVP ab. (11 Ja, 55 Nein, 8 Enthalten) *Abst.Nr. 007*
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 71 SVP ab. (13 Ja, 62 Nein) *Abst.Nr. 008*
6. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 72 Widmer zu. (33 Ja, 29 Nein, 12 Enthalten) *Abst.Nr. 009*
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag 26 GaP, PdA ab. (6 Ja, 56 Nein, 13 Enthalten) *Abst.Nr. 010*
8. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 1 SBK, FD zu. (50 Ja, 20 Nein, 4 Enthalten) *Abst.Nr. 011*
9. Der Stadtrat lehnt den Antrag 36 AL, GaP, PdA ab. (19 Ja, 53 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 012*
10. Der Antrag 4 SBK, FD und der Antrag 56 SP/JUSO obsiegen dem Antrag 29 SBK, FD in der Gegenüberstellung (47 Ja, 27 Nein) *Abst.Nr. 013*
11. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 4 SBK, FD und dem Antrag 56 SP/JUSO zu. (51 Ja, 22 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 014*
12. Der Stadtrat lehnt den Antrag 37 AL, GaP, PdA ab. (6 Ja, 55 Nein, 13 Enthalten) *Abst.Nr. 015*
13. Der Stadtrat lehnt den Antrag 66 SVP ab. (18 Ja, 40 Nein, 15 Enthalten) *Abst.Nr. 016*
14. Der Stadtrat lehnt den Antrag 28 AL, PdA ab. (25 Ja, 44 Nein, 5 Enthalten) *Abst.Nr. 017*
15. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 67 SVP zu. (38 Ja, 37 Nein, mit Stichentscheid des Stadtratspräsidenten) *Abst.Nr. 018*
16. Der Antrag 51 SVP, Eigenmann unterliegt dem Antrag 61 SP/JUSO in der Gegenüberstellung (17 Ja, 40 Nein, 17 Enthalten) *Abst.Nr. 020*
17. Der Stadtrat lehnt den Antrag 61 SP/JUSO ab. (29 Ja, 32 Nein, 13 Enthalten) *Abst.Nr. 021*
18. Der Antrag 69 GFL/EVP unterliegt dem Antrag 59 SP/JUSO in der Gegenüberstellung (27 Ja, 47 Nein) *Abst.Nr. 022*
19. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 59 SP/JUSO zu. (53 Ja, 15 Nein, 6 Enthalten) *Abst.Nr. 023*
20. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 60 SP/JUSO zu. (34 Ja, 33 Nein, 7 Enthalten) *Abst.Nr. 024*
21. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 55 SP/JUSO zu. (40 Ja, 29 Nein, 6 Enthalten) *Abst.Nr. 025*
22. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 58 SP/JUSO zu. (42 Ja, 28 Nein, 5 Enthalten) *Abst.Nr. 026*
23. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 57 SP/JUSO zu. (45 Ja, 28 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 027*

24. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 54 SP/JUSO zu. (40 Ja, 28 Nein, 7 Enthalten) *Abst.Nr. 028*
25. Der Stadtrat lehnt den Antrag 30 FDP/JF ab. (25 Ja, 45 Nein, 5 Enthalten) *Abst.Nr. 029*
26. Der Stadtrat lehnt den Antrag 39 GB/JA! ab. (20 Ja, 52 Nein, 3 Enthalten) *Abst.Nr. 030*
27. Der Stadtrat lehnt den Antrag 48 SVP ab. (7 Ja, 68 Nein) *Abst.Nr. 031*
28. Der Antrag 62 SVP unterliegt dem Antrag 23 SBK, FD in der Gegenüberstellung (3 Ja, 66 Nein) *Abst.Nr. 032*
29. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 23 SBK, FD zu. (52 Ja, 22 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 033*
30. Der Stadtrat lehnt den Antrag 63 SVP ab. (16 Ja, 59 Nein) *Abst.Nr. 034*
31. Der Stadtrat lehnt den Antrag 68 SVP ab. (8 Ja, 65 Nein) *Abst.Nr. 035*
32. Der Stadtrat lehnt den Antrag 31 FDP/JF ab. (18 Ja, 57 Nein) *Abst.Nr. 036*

Alexander Feuz (SVP): Ich stelle den **Ordnungsantrag**, eine Pause von zehn Minuten einzulegen, um über die Gegenüberstellung der Anträge 62 SVP und 23 SBK, FD nochmal nachzudenken. Es ist nicht möglich, zwei Anträge einander gegenüberzustellen, die unterschiedliche Produktgruppen betreffen. Während der kurzen Pause kann die Vorgehensweise bei den Abstimmungen nochmals überdacht werden, vielleicht sind da noch ein paar andere Fehler. Es ist einfacher, eine Pause von zehn Minuten einzulegen, um danach die Abstimmungen sauber durchzuführen, anstatt den Stadtrat wegen der schlechten Vorbereitung leiden zu lassen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Ordnungsantrag Feuz ab. (13 Ja, 59 Nein, 3 Enthalten) *Abst.Nr. 037*

Erich Hess (SVP): Ich stelle den **Ordnungsantrag**, über den Antrag 62 SVP und den Antrag 23 SBK, FD nochmals separat abzustimmen. Man kann zu diesen Anträgen separater Meinung sein.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag Hess zu. (53 Ja, 13 Nein, 8 Enthalten) *Abst.Nr. 038*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 62 SVP ab. (7 Ja, 67 Nein) *Abst.Nr. 039*
3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 23 SBK, FD zu. (55 Ja, 15 Nein, 4 Enthalten) *Abst.Nr. 040*
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 32 FDP/JF ab. (18 Ja, 57 Nein) *Abst.Nr. 041*
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 49 SVP ab. (18 Ja, 54 Nein) *Abst.Nr. 042*
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag 2 SBK ab. (32 Ja, 41 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 043*
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag 27 AL, GaP, PdA ab. (20 Ja, 55 Nein) *Abst.Nr. 044*
8. Der Stadtrat lehnt den Antrag 33 FDP/JF ab. (18 Ja, 56 Nein) *Abst.Nr. 045*
9. Der Stadtrat lehnt den Antrag 45 GB/JA! ab. (18 Ja, 55 Nein, 2 Enthalten) *Abst.Nr. 046*
10. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 10 SBK, FD zu. (58 Ja, 16 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 047*
11. Der Stadtrat lehnt den Antrag 44 GB/JA! ab. (18 Ja, 53 Nein, 4 Enthalten) *Abst.Nr. 048*
12. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 22 SBK, FD zu. (58 Ja, 16 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 049*
13. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 3 SBK, FD zu. (54 Ja, 16 Nein, 5 Enthalten) *Abst.Nr. 050*
14. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 11 SBK, FD zu. (45 Ja, 23 Nein, 7 Enthalten) *Abst.Nr. 051*
15. Der Stadtrat lehnt den Antrag 12 SBK, FD ab. (22 Ja, 50 Nein, 3 Enthalten) *Abst.Nr. 052*
16. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 13 SBK, FD zu. (40 Ja, 28 Nein, 6 Enthalten) *Abst.Nr. 053*
17. Der Stadtrat lehnt den Antrag 34 FDP/JF ab. (28 Ja, 46 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 054*
18. Der Stadtrat lehnt den Antrag 41 GB/JA! ab. (20 Ja, 55 Nein) *Abst.Nr. 055*
19. Der Stadtrat lehnt den Antrag 42 GB/JA! ab. (20 Ja, 55 Nein) *Abst.Nr. 056*
20. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 43 GB/JA! zu. (43 Ja, 31 Nein) *Abst.Nr. 057*
21. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 46 GB/JA! zu. (35 Ja, 34 Nein, 6 Enthalten) *Abst.Nr. 058*
22. Der Stadtrat lehnt den Antrag 47 GB/JA! ab. (33 Ja, 42 Nein) *Abst.Nr. 059*

23. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 5 SBK, FD zu. (43 Ja, 20 Nein, 10 Enthalten) *Abst.Nr. 060*
24. Der Stadtrat lehnt den Antrag 6 SBK, FD ab. (20 Ja, 48 Nein, 7 Enthalten) *Abst.Nr. 061*
25. Der Stadtrat lehnt den Antrag 24 AL, PdA ab. (10 Ja, 61 Nein, 3 Enthalten) *Abst.Nr. 062*
26. Der Stadtrat lehnt den Antrag 40 GB/JA! ab. (19 Ja, 56 Nein) *Abst.Nr. 063*
27. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 14 SBK, FD zu. (71 Ja, 1 Nein, 3 Enthalten) *Abst.Nr. 064*
28. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 15 SBK, FD zu. (71 Ja, 1 Nein, 3 Enthalten) *Abst.Nr. 065*
29. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 16 SBK, FD zu. (71 Ja, 1 Nein, 3 Enthalten) *Abst.Nr. 066*
30. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 17 SBK, FD zu. (71 Ja, 2 Nein, 2 Enthalten) *Abst.Nr. 067*
31. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 18 SBK, FD zu. (72 Ja, 0 Nein, 3 Enthalten) *Abst.Nr. 068*
32. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 19 SBK, FD zu. (41 Ja, 28 Nein, 6 Enthalten) *Abst.Nr. 069*
33. Der Stadtrat lehnt den Antrag 25 AL, PdA ab. (7 Ja, 67 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 070*
34. *Der Antrag 38 Stüssi ist zurückgezogen.*
35. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 7 SBK, FD zu. (54 Ja, 20 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 071*
36. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 20 SBK, FD zu. (63 Ja, 12 Nein) *Abst.Nr. 072*
37. Der Stadtrat lehnt den Antrag 8 SBK ab. (21 Ja, 52 Nein, 2 Enthalten) *Abst.Nr. 073*
38. Der Stadtrat lehnt den Antrag 50 SVP, Mitte ab. (35 Ja, 37 Nein, 2 Enthalten) *Abst.Nr. 074*
39. Der Stadtrat lehnt den Antrag 52 Mitte ab. (30 Ja, 39 Nein, 6 Enthalten) *Abst.Nr. 075*
40. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 9 SBK, FD zu. (55 Ja, 15 Nein, 5 Enthalten) *Abst.Nr. 076*
41. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 21 SBK, FD zu. (62 Ja, 9 Nein, 3 Enthalten) *Abst.Nr. 077*

Gabriela Blatter (GLP): Ich stelle den **Antrag auf Rückkommen** auf die Abstimmung zum Antrag 20 GB/JA! betreffend die SUE. Wir hatten bei der Abstimmung kurz den Überblick verloren, so dass unsere Fraktion zum Antrag, der den IAFP betrifft, und zum entsprechenden Antrag zum PGB bezüglich der klimaneutralen Vermögensbewirtschaftung inkonsistent abstimmte. Diese Abstimmung soll wiederholt werden. Der Antrag verlangt den Verzicht auf die Streichung einer Sparmassnahme für die Arbeiten im Zusammenhang mit den klimaverträglichen Finanzflüssen.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Rückkommensantrag Blatter zu. (60 Ja, 9 Nein, 6 Enthalten) *Abst.Nr. 078*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 20 GB/JA! zur Direktion SUE ab. (35 Ja, 36 Nein, 4 Enthalten) *Abst.Nr. 079*

Erich Hess (SVP): Ich stelle den **Ordnungsantrag** auf Abbruch der Sitzung. Die Budgetdebatte kann in der nächsten Sitzung fortgeführt werden.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag Hess zu (39 Ja, 26 Nein, 8 Enthalten) *Abst.Nr. 080*

Traktandenliste

Die Traktanden 6 und 7 werden unterbrochen und zusammen mit den Traktanden 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14 und 15 auf eine spätere Sitzung verschoben.

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Postulat Fraktion SP/JUSO (Barbara Keller/Bernadette Häfliger, SP): Unhaltbare Arbeitsbedingungen in der Asylsozialarbeit
2. Interpellation Fraktion SP/JUSO (Sara Schmid, SP): Bern als Standortgemeinde für kantonales Pilotprojekt zur besseren Inklusion von Kindern mit schwereren Beeinträchtigungen in reguläre Kitas?

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 22.20 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

X

Kurt Rügsegger

Die Protokollführerin

X

Barbara Waelti